Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50%, mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

68. Jahrgang — Freitag, den 8. Februar 1929 — Nr. 32

Lettland und Estland zur Unterzeichnung des Litwinow-Protokolls.

Riga, 7. Februar. (R.) Nach einem Communiqué über die gestern beendete Besprechung der Außenminister Lettlands und Estlands zur Frage des Litwinow-Protokolls sind beide Länder bereit, das Abkommen unter Beteiligung der interessierten Staaten zu unterzeichnen.

Ein Danaergeschenk.

Warschau, 5. Februar. Der „Robotnik" schreibt zu der „kleinen Schulreform" des Kultusministeriums: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die übermäßige Arbeit der Jugend in der Schule dem Gewissen des Herrn Ministers keine Ruhe ließ, als er in der Mitte des Schuljahres sich entschloß, eine Reform durchzuführen. Daher die Maßnahme: die Unterrichtszeit auf 30 Stunden wöchentlich herabzusetzen, und bald folgt eine Reduktion des Pensums. Endlich, sagten die Eltern aufatmend, das ist ein Mann auf dem rechten Fleck. Aber machen wir eine kleine Rundschau durch die Anordnungen des Herrn Ministers. Vergleichen wir die neuen und die früheren Pläne eines humanistischen Gymnasiums (dieser Typ ist am meisten verbreitet): Nach den früheren Plänen gab es in der vierten, fünften und sechsten Klasse je 31 Stunden wöchentlich, in der siebenten und achten je 33 in der Woche. Nach den neuen Plänen sollen es in allen Klassen 30 Unterrichtsstunden wöchentlich sein. Man könnte also meinen, daß die Schuljugend insofern eine Erleichterung erfahren habe, daß die Zahl der Unterrichtsstunden um 1 bis 3 Stunden gekürzt wurde. Aber „Timeo Danaos", arme Jugend! Im Schuljahre 1929/30 wird jede Unterrichtsstunde von 45 auf 50 Minuten heraufgesetzt. Und nun machen wir eine ganz einfache Rechnung, die zu dem Schluß führt, daß der Herr Minister, um die Arbeit der Schüler zu erleichtern, die Unterrichtszeit um 15 bis 105 Minuten wöchentlich verlängert. Wir sind gespannt, ob der Herr Minister neben seiner Gewissensrechnung auch die von uns durchgeführte arithmetische Rechnung durchzuführen geruht hat."

Evangelische Kirche und Völkerbund.

Der Berliner Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius, bekannt durch sein Buch „Das Jahrhundert der Kirche", führte in einem bemerkenswerten Vortrage über das schon viel behandelte Thema „Die evangelische Kirche und der Völkerbund" u. a. folgendes an:

Die Beurteilung des Völkerbundes ist unter dem Druck bitterer Erfahrungen immer nüchterner geworden, und zwar in allen Ländern der Welt. Die evangelische Kirche hat niemals die Ideologie, mit der der Völkerbund anfänglich umgeben wurde, geteilt. Im Gegenteil hat es die Kirche für ihre Pflicht gehalten, um des deutschen Volkes willen immer wieder daran zu erinnern, daß der Völkerbund mit einer klaren Front gegen Deutschland gegründet worden ist, und daß der Weltfrieden nicht durch eine optimistische Beurteilung menschlichen Edelmutes herbeigeführt werden kann. Die Kirche hat sofort nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich in den Dienst der praktischen Arbeit gestellt, da die Völkerbundarbeit einer religiösen und sittlichen Ergänzung bedarf, um wirklich fruchtbar zu werden. Am stärksten ist die Kirche an der Behandlung der Minderheitenfrage interessiert, da es sich bei den Minderheiten Osteuropas zu einem sehr erheblichen Teil um Evangelische handelt. Hinsichtlich der sozialen Fragen steht das führende christlich-soziale Forschungsinstitut der Stockholmer Weltkonferenz in engster Fühlungnahme mit dem Völkerbund.

Der Friedensgedanke findet warme Befürwortung und Unterstützung in der evangelischen Kirche. Zwar unterscheidet sie zwischen ihrer Friedensgesinnung und dem Pazifismus, der nur Menschenopfer ersparen und materielle Wohlfahrt sichern will. Aber auch die evangelische Kirche ist der Meinung, daß der Schöpfer seine Menschenkinder nicht dazu bestimmt hat, sich gegenseitig zu vernichten, sondern ein Gottesreich zu erbauen, in dem freie Völker das, was in ihre Seele gelegt ist, zur Ehre Gottes frei entfalten können.

Vorschläge zur Verfassungsänderung.

Die Anträge der Regierung. — Erregung im Parlament. — Verschiedene politische Nachrichten.

(Telegramm uns. Warschauer Berichterstatters.)

ly. **Warschau, 7. Febr.** In politischen Kreisen hat die Einbringung des Verfassungsprojektes größtes Aufsehen erregt. Das Projekt sieht außer einer ganz gewaltigen Erweiterung der Macht des Staatspräsidenten eine weitgehende Schmälerung der parlamentarischen Rechte vor. Der Staatspräsident besitzt nach diesem Projekt im Senat ein Instrument, das er dank der Ernennung von 50 Senatoren vollkommen beherrschen und mit dessen Hilfe er die gesetzgeberische Macht des Parlaments vollkommen lahmlegen kann. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Parlament sich eine solche Verfügung nicht ohne weiteres auferlegen lassen und den schärfsten Kampf dagegen führen wird. Da dieser Kampf sich einerseits zwischen Regierung und Parlament und andererseits zwischen dem Regierungsblock und der Opposition abspielen wird, so droht er ein besonders großes Ausmaß anzunehmen. Den Linksparteien erscheint das Projekt selbstverständlich als eine unmögliche Angelegenheit, während die Rechtsparteien die neue Verfassung, die offenbar auf die Person Piłsudskis oder zumindest nach seinen im Juli vorigen Jahres geäußerten Wünschen zugeschnitt worden ist, um so mehr hassen. Andererseits darf aber nicht bezweifelt werden, daß eine Nichtannahme des Verfassungsprojekts von schwerwiegenden politische[illegible]gen sein wird, von denen nicht die letzte die Auflösung des Parlaments sein dürfte.

Der oberschlesische Bergarbeiterkonflikt.

In einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrates wurde gestern die Frage des oberschlesischen Bergarbeiterkonflikts besprochen. Dabei wurde festgestellt, daß die Regierung nicht vor dem 17. März eingreifen könne und daß ein Schiedsspruch bis dahin unterbleiben müsse. Es ist nicht zu verkennen, daß damit eine weitere Verschärfung der Lage gegeben ist und daß die Möglichkeit eines Streikausbruchs besteht. Die Regierung hat eine Delegation des Wirtschafts-Konjunktur-Instituts nach Oberschlesien abgesandt, um die Lage zu prüfen. Ob das Ergebnis dieser Prüfung noch benutzt werden kann, erscheint zweifelhaft, da nach dem Stand der Dinge kaum angenommen werden kann, daß der Konflikt sich bis zum 17. März verschieben lassen wird.

Kelloggpakt und Sicherheitsgarantien.

Warschau, 7. Februar. Der Sejm stand gestern im Zeichen der Außenpolitik. Im Auswärtigen Ausschuß wurde beschlossen, den Kelloggpakt zu ratifizieren und die Vorlage dem Sejm zu überweisen, wo sie heute zur Debatte stehen wird. Vorher gab es natürlich eine lange Reihe von Reden, wobei u. a. der Regierungsblock-Abgeordnete Mackiewicz erklärte, **daß das polnisch-französische Bündnis Polen nur einseitige Vorteile verschaffe und daher gekündigt werden solle.**

Im Plenum selbst stand der Antrag der Rechtsparteien zur Debatte, der neue Garantien für die Sicherheit Polens verlangt. Die Debatte gestaltete sich äußerst interessant. Der nationaldemokratische Abgeordnete Stroński erklärte, daß Polen sich selbst und ganz Europa vor dem Sturm warnen müsse, der vom Westen her gegen Polen im Anzuge sei. Obwohl der größte Teil Deutschlands pazifistisch geneigt sei, so bestehe kein Zweifel darüber, daß Deutschland eine Revision der polnischen Grenzen anstrebe. Daß dies nur auf friedlichem Wege geschehen könne, sei eine Formel, die dazu bestimmt wäre, die öffentliche Meinung in Deutschland selbst zu täuschen. Die Propaganda für die Grenzrevision sei überhaupt bedenklich. Oder wünsche etwa Graf West[illegible]p eine Revision in der Weise vorzunehmen, [illegible] er Polen ein weiteres Stück deutschen Territo[illegible]ums anbieten werde?

Die Gefahr, die mit der Rheinlandräumung für die Sicherheit Europas aufkommen werde, sei bedrohlich. **Zur allgemeinen Ueberraschung solidarisierte sich der Redner des Regierungsblocks Löwe[illegible]erz mit den Worten des nationaldemokratische[illegible] Abgeordneten.** Auch er erklärte, daß Polen [illegible]eue Sicherheiten haben müsse, daß es von Deu[illegible]schland bedroht sei und [illegible] Rheinlandbe[illegible]ung eine Garantie für den Frieden darstelle. Diesen idyllischen Einklang zwischen den Rechtsparteien und dem Regierungsblock, die sich gegenseitig innerpolitisch bekämpfen, aber dort, wo es sich um eine gemeinsame Front gegen Deutschland handelt, wieder zusammenkommen, vermochte auch der Sozialist Czapiński nicht zu stören, der erklärte, daß die Sozialisten gegen die Rheinlandräumung nicht das Geringste sagen wollen. Die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Deutschland sei gegenwärtig die wichtigste Aufgabe für Polen, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. **Vor allem müsse der Handelsvertrag abgeschlossen werden.**

Die Abstimmung ergab selbstverständlich eine Mehrheit für den Antrag, da gegen ihn nur die Linksparteien und ein Teil der nationalen Minderheiten stimmten, während sich für ihn die Rechtsparteien und der Regierungsblock aussprachen. **Es war interessant, festzustellen, daß Außenminister Zaleski, der der Debatte von seiner Loge aus mit Aufmerksamkeit folgte, kurz vor der Abstimmung den Saal verließ, offenbar um sich nicht mit diesem Antrag belasten zu wollen. Zaleski hat nämlich wiederholt erklärt, daß der Kelloggpakt die Sicherheit der polnischen Grenzen hinlänglich garantiere. Das Zusammengehen des Regierungsblocks und der Rechtsparteien hat aber nicht nur die Regierung kompromittiert, sondern auch Zaleski desavouiert. Daß die Annahme des Antrages, die nur mit den Stimmen des Regierungsblocks ermöglicht wurde, zur Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen beitragen wird, ist wohl kaum anzunehmen.**

Duce und Bauer.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

Dr. Rd. Rom, Ende Januar.

Daß der Bauer auch ein Mensch ist, sozusagen, hat noch jeder Herrschaftswechsel mit bemerkenswerter Fixigkeit entdeckt. Der Erzeuger nahrhafter Güter wurde sofort auf den „Boden der vollzogenen Tatsachen" gestellt oder dem Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat einverleibt, er mochte wollen oder nicht. Aber während die russische Revolution und die Nachkriegskrawalle die in der Not gemachten Versprechungen später bedenkenlos auf den Misthaufen warfen, hat die faszistische Umwälzung den Landmann in den Mittelpunkt der Nation gestellt und je länger, je mehr zu schätzen gelernt. Ja, die Landwirtschaft ist zum Generator des Staates geworden, Mussolini sieht in der „Ruralisation" das Hauptziel des neuen Italien.

Es war der Hauptfehler des italienischen Sozialismus, daß er in seinem bornierten Klassenhaß, in seiner blöde genug aus fremden Industrieländern importierten, für die agrarische Halbinsel gänzlich ungeeigneten Phraseologie den Bauer übersehen zu können glaubte, daß er auch mit militärischer Verständnislosigkeit an dieser Masse kräftiger Männer vorbeitrottete, die nur eines Führers bedurften, um ein unbesiegbares Heer zu werden. Es war umgekehrt eines der strategischen Meisterstücke Mussolinis, diese Versäumnis nachzuholen, indem er die Bauern sammelte und als Kerntruppe seiner Schwarzhemden gegen den Sozialismus warf. Sie waren es, neben den Nationalisten, die die faszistische Revolution zum Siege führten.

Damit sollten sie aber ihre Aufgabe nicht vollendet haben. Hatte der Faszismus gefordert, daß die Besten des Volkes, die Frontkämpfer das Recht haben müßten, die Nation zu regieren, so verlangte er nun daneben für die produktive Schicht des Volkes, nicht also bloß für den Fabrikarbeiter, das Hauptinteresse des Staates. Der Nährstand sollte, anders als bisher, nicht bloß geduldet sein, sondern bevorzugt werden, er sollte vor allem auch das Bewußtsein seines Wertes, das er noch nicht besaß, gewinnen. Mussolini erfüllte damit nicht etwa nur eine Dankespflicht wie der Condottiere, der seine Söldner belohnt, er sah weiter. Er erkannte, daß sich Italien angesichts der militärischen Isolierung des Landes und der bevorstehenden Kriege wenigstens in der Lebensmittelversorgung vom Ausland unabhängig machen mußte, nachdem ihm die Natur schon die Rohstoffe, Eisen und Kohle, versagt hat. Der Boden also, die heilige Erde ist die einzige Zuversicht, der Boden allein bringt mit Bestimmtheit hervor, was kein Abrüstungsgeschwätz und keine internationale Konferenz geben kann.

Getreideschlacht, Aufforstung, Bodenverbesserung und die Förderung der Landwirtschaft in jeder Beziehung hängen daher innig mit Mussolinis Bevölkerungspolitik zusammen, politisch wie wirtschaftlich, mit dem Ziel der Bevölkerungsvermehrung, mit dem Landfluchtverbot, mit der Verhinderung der Auswanderung und den in diesen Tagen gesetzlich niedergelegten Privilegien der Familie, besonders der kinderreichen. Eine sittliche Größe liegt in diesem Grundzug des faszistischen Staates, die ebenso zum Herzen spricht, wie die amerikanische Großzügigkeit, mit der die neue Ordnung durchgeführt wird, unsere verstandesmäßige Bewunderung erweckt. Was ist doch unter der segensreichen Hand einer starken Regierung aus diesem Volk der Makkaroniesser und Mandolinen-

Königinmutter Maria Christina †

Im Alter von 70 Jahren.

Madrid, 6. Februar.

Die Königin-Mutter Maria Christina ist gestern im Alter von 70 Jahren gestorben.

*

Maria Christina, Erzherzogin von Oesterreich, wurde am 21. Juli 1858 als Tochter des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth von Oesterreich-Este-Modena geboren und heiratete am 29. November 1879 König Alphons XII. von Spanien, der am 25. November 1885 einem Brustleiden erlag. Als Witwe übernahm sie die Regentschaft für den Thronfolger, Alphons XIII., der am 17. Mai 1886 das Licht der Welt erblickte und bald darauf zum König ausgerufen wurde. Am 17. Mai 1902 ergriff Alphons XIII. selbst die Zügel der Regierung.

Die Königin-Mutter hatte sich, trotzdem sie innerlich Oesterreicherin geblieben war, sehr schnell die Liebe des spanischen Volkes erworben. Still und zurückhaltend, aber niemals mit einem klugen Rat sparend, stand sie ihrem Sohn zur Seite. Das deutsche Volk, das in allen seinen Schichten große Sympathien für Spanien und seinen König hegt, wird die Nachricht von dem Tode der Königin-Mutter mit wärmster Anteilnahme aufnehmen.

Trotzki in Moskau eingetroffen.

Kowno, 6. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trotzki am Dienstag unter strenger Bewachung in einem Salonwagen dort eingetroffen. Er hat in der Umgebung Moskaus Wohnung genommen, wo er bis zu seiner Abreise nach dem Ausland verbleiben wird. Damit werden die Nachrichten über eine Flucht Trotzkis, seinen Untergang im Schwarzen Meer und ähnliches widerrufen.

Die gegenüber diesen Meldungen aus Konstantinopel eingenommene Vorsicht war danach also durchaus am Platze. Im übrigen ist auch gegenüber anderweitigen Darstellungen darauf hinzuweisen, daß bisher eine Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung für Trotzki in Deutschland nicht angefordert ist. Die russische Botschaft in Berlin erklärt ausdrücklich, der Botschafter habe bei der deutschen Reichsregierung keinen Schritt wegen der Einreise Trotzkis unternommen.

Strenge Kälte.

Moskau, 7. Februar. (R.) In der russischen Hauptstadt Moskau mußten wegen der großen Kälte sämtliche Schulen geschlossen werden. Auch liegt der gesamte Straßenbahnverkehr der Stadt still.

spieler, des süßen Nichtstuns und der Fremdenindustrie geworden!

Nicht von ungefähr hat der „Völkerbund der Landwirtschaft“, das von 75 Staaten unterhaltene internationale Landwirtschaftsinstitut, dem Italien auf dem Pincio ein würdiges Heim errichtete, gerade Rom als Zentrum seiner Wirksamkeit gewählt. In Italien wird gearbeitet und es ist eine Lust, sagen die fremden Delegierten, hier zu arbeiten! Denn Mussolini fertigt den Landmann nicht mit Ausflüchten, papierenen Verheißungen und bürokratischen Erlassen ab, Duce und Bauer verstehen einander.

Die Zufriedenheit der Land bearbeitenden Bevölkerung zu erringen, das will etwas heißen in Italien, liegen doch in keinem anderen Staate die Verhältnisse so verwickelt wie auf der schon durch die klimatischen und kulturellen Unterschiede so auffällig zergliederten Halbinsel. Vom einfachen Tagelöhner angefangen über den Colonen hinauf zum Halbpächter, vom selbständigen Bauern bis zum Feudalherrn — wieviele soziale, in den meisten Fällen kaum auseinanderzuhaltende Schichten! Dafür aber kommt eine einzige gesunde Maßnahme einer Reihe von Ständen zugute. Die Voraussetzung für eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse war naturgemäß der faszistische Staat mit seiner Grundidee von der Unterordnung des einzelnen wie des Standes unter das Gesamtwohl des Vaterlandes. Jeder, der in Italien arbeitet, und nur dieser Arbeiter genießt den Schutz des Staates, arbeitet für den Staat. Das ist das oberste Gesetz.

Um das tägliche Brot zu sichern, hat Mussolini die Getreideschlacht eingeleitet. Sie wurde bereits gewonnen. Um das Klima zu ändern, das jährlich mit viermonatiger Trockenheit den Süden heimsucht, wird jetzt ganz Italien aufgeforstet — ein geradezu cäsarisches Werk. Um die Berghänge kulturfähig zu machen, wurde eine Wasserregulierung größten Stiles unternommen, die mit der Energieversorgung Hand in Hand arbeitet. Dem kleinen Wildwasser gilt die Sorgfalt wie dem riesigen Stausee in Sardinien. Um Kolonien im eigenen Lande zu gewinnen, ist das Gesetz über die Bonifica integrale, die vollständige Bodenverbesserung von den Alpen bis Sizilien erlassen und sofort durchgeführt worden. Bis in die entlegensten Bergnester und Sumpfhöhlen hinein dringen die Lichtbildautos der Regierung, um den weltverlorenen Bauern die neue Lehre zu bringen. Eine Aufklärungsarbeit, die hauptsächlich in den Händen des nationalen Frontkämpferbundes liegt. Die Entwässerung verdrängt auch die Malaria.

Ein Rad soll in das andere eingreifen. Nur ein wohlhabendes Land kann sich den Luxus gestatten, Millionen und Abermillionen unter die Arbeitslosen zu werfen, um ihnen einen guten Trunk zu gestatten. Der Duce bekämpft dagegen die Arbeitslosigkeit, indem er die staatliche Unterstützung an die Arbeit bindet, die Leute auf die Felder und auf die Bauplätze schickt, Bauernnot und Wohnungsnot damit aufhebt.

Nicht genug damit? Gut, so werden die Steuern herabgesetzt (von 12 Prozent auf 7½ Prozent), die übertriebenen Arbeitslöhne gesenkt, die Pachtverträge revidiert. Binnen Jahresfrist war die schwere Krisis überwunden. Später legte der Staat die Hände nicht in den Schoß, ergriff dem Bauern unter die Arme, wo es nottat und tut. Agrarfeindliche Maßnahmen können nicht aufkommen, weil, wie gesagt, die Landwirtschaft als Fundament der nationalen Wirtschaft anerkannt ist. Italien soll ein Agrarstaat bleiben. Niemand darf mehr auswandern, und für die noch in der Fremde sich abmühenden Emigranten bereitet die Heimat fieberhaft Boden vor, so daß schließlich jeder Italiener auf eigenem Grund stehen kann und wird.

Besitz verpflichtet. Das gilt auch für den Großgrundbesitzer. Daher Aufhebung oder Beschränkung der säkularen Weidewirtschaft, wo andere Bewirtschaftungsmethoden größeren Ertrag versprechen. Nicht aber, daß der Besitzende nun einfach enteignet würde, wie es unter den Linksregierungen nach dem Kriege gang und gäbe war, er muß sich nur umstellen. Wo die Kleinbauern aus Trägheit oder Unverstand das Land schlecht bebauen, kann umgekehrt wieder zur Vereinigung zu großen Gütern geschritten werden, die amerikanische Erntemethoden erlauben, wie zum Beispiel in den trocken gelegten Sümpfen um Neapel. Dort ist aus einem traurigen Riedbauerntum ein modernes, großzügiges Latifundientum entstanden. Moderner Großgrundbesitzer, das will heißen, das Land nicht mehr durch Pächter auspowern lassen und ein aristokratisches Leben in Paris oder Rom verludern, sondern selber mit Hand anlegen, Maschinen ausproben, am Volkswohl mitarbeiten wie der letzte Tagelöhner. Wer jetzt einen Spaziergang in die Campagna, in die seit Jahrtausenden nicht mehr vom Pfluge berührte Steppe unternimmt, der sieht mit Staunen, wie riesige Flächen unter den Motorpflug genommen werden, daß die steinharten Schollen zu kleinen Gebirgen sich türmen. Sieht ein Jahr später, wie diese jungfräuliche Erde schnell verwittert und begierig den Samen aufnimmt, um im nächsten Sommer wogende Kornfelder zu tragen, wo vorher die Büffel weideten.

So wird der Bauer im faszistischen Staate erzogen. So wächst mit dem Glauben an sein Stückchen Erde der Glaube ans größere Vaterland. So sieht die Nation wieder im Nährstand ihren besten Rückhalt.

Die Vorschläge des Regierungsblocks.

Um die Verfassungsänderung.

Warschau, 7. Februar. Gestern nachmittag hat der Abg. Polakiewicz dem Sejmmarschall den Entwurf des Regierungsblocks für die Verfassungsrevision überreicht. Der Entwurf, der sich aus 67 Paragraphen zusammensetzt, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Quelle der Gewalt in Polen ist das Volk; oberstes Gesetz ist das Wohl des Staates.

§ 2. Der höchste Vertreter der Obrigkeit ist der Präsident.

§ 3. Der Präsident wird auf 7 Jahre vom Volke in allgemeiner Abstimmung gewählt, wobei zwei Kandidaten aufgestellt werden. Der eine Kandidat wird vom Sejm und Senat in gemeinsamer Sitzung (Nationalversammlung) mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Den zweiten Kandidaten bestimmt der zurücktretende Präsident.

Der Präsident beruft die Nationalversammlung spätestens 3 Monate vor Ablauf seiner Amtszeit ein.

§ 4. Das Wahlrecht hat jeder Bürger ohne Unterschied des Geschlechts **nach vollendetem 24. Lebensjahre.**

§ 5. Wenn der Staatspräsident sein Amt nicht ausüben kann oder wenn sein Posten durch Todesfall, Rücktritt oder einer anderen Ursache wegen frei wird, vertritt ihn der Ministerpräsident, der dann den Vorsitz des Ministerrates einem anderen Minister überträgt. Im Falle eines Rücktritts des Ministerpräsidenten wählt die Nationalversammlung einen Stellvertreter des Staatspräsidenten.

§ 6. Wenn das Amt des Staatspräsidenten frei geworden ist, beruft der Premier sofort die Nationalversammlung ein, um die Kandidaten zum Staatspräsidenten festzusetzen.

§ 7. Uebt der Staatspräsident drei Monate lang sein Amt nicht aus, dann wird die Nationalversammlung einberufen, um festzustellen, ob das Amt des Staatspräsidenten als vakant zu bezeichnen ist.

§ 8. Vor seinem Amtsantritt legt der Staatspräsident in der Kathedralkirche von Warschau oder an einem anderen Ort den Amtseid ab.

§§ 9 und 10. Der Staatspräsident beruft die parlamentarischen Körperschaften ein und schließt sie. Er darf vor Ablauf der Kadenz nur einmal aus demselben Grunde eine Auflösung vornehmen.

§ 11. **Der Staatspräsident ernennt und entläßt den Premier, die Minister und die seiner Befugnis eingeräumten Aemter.**

§ 12. Der Staatspräsident ernennt die Richter.

§ 13. Der Staatspräsident hat das Recht der Begnadigung. Eine Amnestie kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erteilt werden.

§ 14. Der Staatspräsident übt die Rechtssiegelakte aus.

§ 15. Der Staatspräsident ist Oberherr der Streitkräfte des Staates. **Er ernennt und entläßt den Generalinspekteur des Heeres und besetzt die ihm eingeräumten Militärämter.**

Im Falle eines Krieges bestimmt er den Oberbefehlshaber der Truppen, der dann mit zum Kabinett gehört.

§ 16. Der Staatspräsident schließt und ratifiziert Verträge mit anderen Staaten.

Dem Sejm steht das Recht zu, Handelsverträge und Bündnisse zu ratifizieren.

Verträge, die eine Aenderung der Staatsgrenzen betreffen, erfordern eine Ratifizierung in dem für die Verfassungsänderung vorgesehenen Verfahren.

§ 17. Der Staatspräsident ist für seine Amtsfunktionen unverantwortlich. Wegen Landesverrats, Verletzung der Konstitution oder sonstiger Strafvergehen darf er nur auf Beschluß der Nationalversammlung mit einer Drei-Fünftel-Stimmenmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder zur Verantwortung gezogen werden.

§ 19. Der Sejm setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die wie bisher gewählt werden.

§ 20. Das Stimmrecht hat jeder Bürger nach Vollendung des 24. Lebensjahres.

§ 21. Das passive Wahlrecht hat jeder Bürger, der sein 30. Lebensjahr vollendet hat.

§ 23. Der Sejm prüft die Gültigkeit der Wahlen.

Ueber die Gültigkeit angefochtener Wahlen entscheidet der Staatspräsident.

§ 24. Das Versagen einer Eidesleistung ist gleichbedeutend mit einer Nichtannahme des Mandats.

§ 25. Betrifft die Aufhebung der Unantastbarkeit der Abgeordneten außerhalb des Sejm.

§ 26. Wegen Handlungen, die mit dem Wortlaut des Abgeordneteneides nicht im Einklang stehen, kann ein Abgeordneter auf Verlangen des Sejmmarschalls und eines Viertels der Zahl der Abgeordneten oder des Justizministers vor den Staatsgerichtshof gestellt und des Abgeordnetenmandats verlustig erklärt werden.

§ 31. Zur Rechtskraft von Beschlüssen ist die Hälfte der Gesamtzahl der Abgeordneten erforderlich.

§ 32. Interpellationen sind schriftlich einzubringen und müssen von einem Sechstel der Gesamtzahl der Abgeordneten unterzeichnet sein.

§ 33. Der Sejm soll im November zu einer ordentlichen Session einberufen werden. Eine außerordentliche Session soll auf Verlangen der Hälfte der Gesamtzahl der Abgeordneten einberufen werden.

§ 35. Eine Sessionsschließung hat das Erlöschen unbeendigter Arbeiten zur Folge, insbesondere von Regierungsvorlagen, Anträgen und Interpellationen.

§ 36. Der Senat setzt sich aus 150 Senatoren zusammen.

Die Senatoren werden zu zwei Dritteln der Zusammensetzung des Senats von den einzelnen Wojewodschaften nach den bisherigen Wahlbestimmungen gewählt. Das letzte Drittel wird vom Staatspräsidenten berufen.

§ 39. Zahl, Tätigkeitsbereich und das gegenseitige Verhältnis der Minister werden durch eine Verordnung des Staatspräsidenten festgelegt.

§ 41. Botschaften und jegliche Akte, die Sejm und Senat betreffen, Ernennungen und Abberufungen des Premiers, des Generalinspekteurs des Heeres, des Präsidenten der Oberkontrollkammer des Staates und von Beamten der Zivilkanzlei, Ernennungen und Entlassungen von Offizieren und jegliche Akte des Staatspräsidenten als Oberherrn der Streitkräfte, Gnadenakte und durch Gesetz überwiesene Rechts-Siegelakte, Ernennungen von Richtern, Ernennungen des Präsidenten und der Mitglieder des Staatsgerichtshofes bedürfen keiner Gegenzeichnung.

§ 45. Der Sejm zieht die Minister zur parlamentarischen Verantwortung auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Gesamtzahl der Abgeordneten. Ein diesbezüglicher Antrag darf vor Ablauf von sieben Tagen nicht im Sejm zur Beratung kommen.

Wenn der Sejm mit absoluter Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten (d. h. der feststehenden Zahl der Abgeordneten) den Rücktritt des Kabinetts oder eines Ministers verlangt, dann wird das Kabinett oder der Minister vom Staatspräsidenten abberufen oder aber eine Auflösung des Sejm angeordnet.

§ 47. Die Einsetzung öffentlicher und privater Rechte steht dem Staatspräsidenten, dem Sejm und dem Senat zu.

§ 48. Das Recht der gesetzgebenden Initiative haben Staatspräsident, Regierung und Sejm.

Gesetzgebungsanträge der Regierung dürfen ohne eine Prüfung durch die zuständigen Kommissionen nicht zurückgewiesen werden. Abgeordnetenanträge, die Gesetzentwürfe enthalten, müssen von einem Sechstel der Gesamtzahl der Abgeordneten unterzeichnet sein und dürfen nicht eher als zwei Wochen nach Mitteilung an das Kabinett erörtert werden.

§ 49. Der Staatspräsident ordnet alljährlich eine Rekrutenaushebung an. Eine Erhöhung oder Herabsetzung des Kontingents kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen. Eine Herabsetzung des Kontingents darf nur auf Antrag der Regierung beschlossen werden.

§ 50. Die Aufnahme von Staatsanleihen, die Veräußerung von Immobilien des Staates, die Auferlegung von Steuern und öffentlichen Abgaben, die Festlegung von Zöllen und Monopolen und des Münzsystems kann nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen.

§ 51. Das Verfahren der Erörterung von Sejmvorlagen durch den Senat erfährt insofern eine Aenderung, als für die Ablehnung von Abänderungsvorschlägen des Senats durch den Sejm eine Dreifünftelmehrheit erforderlich ist.

Falls der Sejm die vom Senat vorgeschlagenen Abänderungen nicht mit gewöhnlicher Mehrheit annimmt oder nicht mit Dreifünftelmehrheit ablehnt, dann wird der betreffende Entwurf hinfällig.

§ 52. Der Staatspräsident kann dem Sejm ein Gesetz in Form einer Botschaft wieder zustellen, in der eine nochmalige Erörterung verlangt wird. Das betreffende Gesetz wird dann nicht eher erörtert, als auf der nächsten ordentlichen Session nach der Session, nach der es wieder zugestellt wurde.

Wenn das Parlament ein wieder zugestelltes Gesetz nochmals mit absoluter Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten und Senatoren beschließt — obwohl eine solche Mehrheit im Senat fehlt, sich im Sejm aber eine Zweidrittelmehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten für das Gesetz erklärt —, dann stellt der Staatspräsident die Gesetzeskraft fest, nicht aber in dem Falle der Anordnung einer Auflösung des Sejm und des Senats.

§ 53. Ist der Sejm aufgelöst, dann gilt die Sejmsession als geschlossen, und der Staatspräsident hat das Recht, gesetzeskräftige Dekrete zu erlassen.

Sie dürfen nicht betreffen: Revision der Verfassung, die den beschließenden Organen zugewiesene Gesetzgebung, die territoriale Selbstverwaltung, die Rekrutenaushebung zu Friedenszeiten, das Budget, das Münzsystem, die Auferlegung neuer Steuern und die Erhöhung der gültigen Steuertarife um mehr als 10 Prozent, die Einsetzung neuer Monopole, die Aufnahme von Staatsanlehen mit Ausnahme von Investitionsanleihen und die Amnestie.

Das Dekretverfahren bleibt wie bisher.

§ 56. Die Regierung legt dem Sejm das Budget nicht später als 4 Monate vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres vor.

Wenn der Sejm das Budget nicht im Verlauf von 2½ Monaten beschließt, dann tritt der Senat an die Erörterung des eingebrachten Entwurfs heran. Wenn der Senat nicht im Verlauf von 30 Tagen Beschlüsse in Sachen des Budgets mit entsprechenden Abänderungen zuschickt, dann wird angenommen, daß er gegen den Entwurf keine Einwendungen macht. Wenn der Sejm im Verlauf von 15 Tagen nach Empfang des Budgets mit den Abänderungsvorschlägen des Senats keine Beschlüsse faßt, gelten diese Abänderungsvorschläge als angenommen.

§ 58. Die Oberste Kontrollkammer des Staates übt die Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung in finanzieller Hinsicht aus, prüft die Rechnungsabschlüsse des Staates und legt alljährlich dem Sejm Anträge auf Entlastung bzw. Nichtentlastung der Regierung vor.. Diese Kammer stützt sich auf den Grundsatz der Kollegialität und der richterlichen Unabhängigkeit der Mitglieder ihres Kollegiums, die nur durch einen Sejmbeschluß abgesetzt werden können, der mit Dreifünftelmehrheit der Abstimmenden bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Gesamtzahl der Abgeordneten gefaßt wird.

§ 59. Neben der territorialen Selbstverwaltung werden durch besondere Gesetze berufen: Die wirtschaftliche Selbstverwaltung, die Landwirtschaftskammern, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Lohnarbeitskammern und andere Organisationen des öffentlichen Rechts.

Es wird eine General-Wirtschaftskammer als Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen gebildet.

§ 61. Zur Rechtsprechung über die Legalität von Verwaltungsakten im Bereich der Reichsverwaltung und der Selbstverwaltung wird durch ein besonderes Gesetz ein Verwaltungs-Gerichtswesen gebildet, das sich auf die Zusammenarbeit der bürgerlichen Faktoren und der Richter stützen soll.

§ 62. Es wird ein Oberstes Gericht für zivilgerichtliche, strafgerichtliche und verwaltungsgerichtliche Angelegenheiten eingesetzt.

§ 63. Zur Entscheidung von Fragen, die in der Verfassung besonders aufgezeigt werden, wird ein Staatsgerichtshof berufen mit einem Präsidenten, der vom Staatspräsidenten ernannt wird, und 12 Mitgliedern, von denen der Staatspräsident, der Sejm und der Senat je vier ernennen.

§ 65. In Fällen von Arbeitsmangel, Krankheit, Unfall und Gebrechlichkeit hat jeder Bürger Anspruch auf eine Sozialversicherung, die durch ein besonderes Gesetz festgelegt wird.

§ 67. Die Bürger haben das Recht der Koalition, des Zusammenschlusses zum Schutz und zur Besserung der Lohnarbeitsbedingungen. Der Zusammenschluß darf nicht vertraglich verboten oder eingeschränkt werden.



Ozeanflieger von Hünefeld gestorben.

Freiherr Günther vno Hünefeld, dessen Name für alle Zeiten mit dem Gelingen des ersten Ostwestfluges über den Atlantischen Ozean verknüpft sein wird, ist an den Folgen einer Operation gestorben. Freiherr von Hünefeld litt seit mehreren Jahren an einer Magen- und Darmkrankheit; sein Zustand hat sich in den letzten Tagen soweit verschlechtert, daß er einer Operation unterzogen werden mußte.

Antwerpener Kundgebung für August Borms.

Paris, 4. Februar. (R.) Wie „Petit Parisien“ aus Brüssel meldet, fand gestern eine Kundgebung der flämischen Aktivisten zu Ehren ihres freigelassenen Führers Dr. Borms in Antwerpen statt. Etwa 10 000 Personen, die sich aus allen Teilen Flanderns und Limburgs eingefunden hatten, durchzogen unter Mitführung von Plakaten die Straßen. Ein starkes Polizeiaufgebot war alarmiert worden. Doch ist es nicht zu Zwischenfällen gekommen. Nach dem Umzug fand im Rubens-Palais eine Versammlung statt, in der Dr. Borms das Wort ergriff. Er sagte, daß er bereit sei, an die Spitze der extremistischen flämischen Bewegung zu treten, und griff den König an, dem er vorwarf, die während des Krieges gegebenen Versprechungen, die Gleichheit zwischen Flamen und Wallonen herzustellen, nicht gehalten zu haben.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. Februar.

Landgemeindewahlen.

Am 11. Februar (in einigen Gemeinden am 12. Februar) läuft die Frist für die Einreichung der Vorschlagslisten zur Wahl der Gemeindevertretung ab. Es ist also höchste Zeit für die Einreichung der Listen. **Ueberall, wo Deutsche wohnen, müssen deutsche Listen aufgestellt werden.** Die Listen müssen Vornamen, Namen Beruf und Wohnort der Kandidaten enthalten und um die Hälfte mehr Namen, als Gemeindevertreter zu wählen sind. Wählbar sind alle in der Liste der Gemeindemitglieder aufgeführten Personen, und zwar Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr ab.

In Gemeinden mit weniger als 101 Gemeindemitgliedern sind keine Kandidatenlisten einzureichen. In diesen Gemeinden werden der Gemeindevorsteher, zwei Schöffen und ein Stellvertreter direkt von den Gemeindemitgliedern in der Gemeindeversammlung gewählt.

× **Personalnachricht.** Der Präses der Post- und Telegraphendirektion Wl. Kaźmierski hat am heutigen Donnerstag seinen Erholungsurlaub angetreten. Für die Zeit seiner Abwesenheit wird die Leitung der Post- und Telegraphendirektion der Abteilungschef, Ingenieur St. Dębicki führen.

× **In den Ruhestand getreten** ist am 1. d. Mts. nach 52jähriger Dienstzeit der Rektor der dritten Volksschule Trynka.

× **Das Goldene Verdienstkreuz haben erhalten:** Universitätsprofessor Dr. Antoni Jakubski, Geistlicher Ludwik Jarosz, der Major d. Res. Mieczysław Paluch und Landwirt Stanisław Thiel in Doruchow, Kreis Schildberg.

× **Diplomprüfung.** Das Diplom der rechtswirtschaftlichen Wissenschaft mit dem Titel Magister erwarb Józef Becker aus Krotoschin.

× **Die Posener Straßenbahn hat zur Bewältigung des Verkehrs während der Landesausstellung 20 neue Wagen in der Fabrik von Zieleniewski in Sanok bestellt;** außerdem baut sie selbst Wagen in der eigenen Werkstatt.

× **Die polizeilichen Straßenposten und die militärischen Posten** werden statt wie sonst alle zwei Stunden, jetzt in der Zeit der grimmigen Kälte allstündlich abgelöst.

× **Wie's gemacht wird.** Unter der Stichmarke: „Die nicht alle werden" berichtet die „Deutsche Rundschau": In den Häusern der Stadt Bromberg spricht seit einiger Zeit eine Frau vor, die einige Teppiche auf dem Rücken hat, die sie zum Kauf anbietet. Sie behauptet, aus Rumänien zu stammen und erzählt — denn selbst bei Ablehnung eines Kaufs läßt sie sich in Gespräche mit den die Wohnungstür öffnenden Personen ein — wie schwer es ihr ginge, daß sie gehofft habe, in Polen gute Geschäfte zu machen und jetzt selbst wahrsagen müsse, nur um sich das Geld zur Rückreise in ihre Heimat zu verschaffen. Denn wahrsagen könne sie ganz ausgezeichnet. „Eine Probe gefällig?" — Und aus Neugierde, Ulk oder vielleicht auch um der Fremden einen Gefallen zu tun, lassen sich manche Frauen von der Rumänin wahrsagen. Bei dieser Gelegenheit hört die Wahrsagerin ihr Opfer aus, erfährt Familienereignisse, Freundschaften, Liebschaften — alles, was sie wissen will, um ihre Angaben danach zu richten und nicht zuletzt auch, um die Mitteilungen gut auszunutzen. So hatte sie kürzlich erfahren, daß eine junge Dame von ihrem Verlobten verlassen worden sei. Sie begab sich also zu dieser Verlassenen, verblüffte diese durch ihr Wissen, das sie aus Karten haben wollte, und erklärte der jungen Dame, ihr wieder zum Glück verhelfen zu können. Sie müsse nur tun, was ihr geheißen würde. Und das war folgendes: Die verlassene Braut hatte sich vollständig auszuziehen, wurde von der Fremden in ein Bettlaken fest eingehüllt, erhielt ein Bild ihres ehemaligen Verlobten auf die Augen gelegt und mit einem Handtuch fest um den Kopf gebunden. Dann wollte die Wahrsagerin „zaubern", aus dem Zimmer gehen, und die Braut sollte, wenn dreimal an die Tür geklopft würde, das Tuch vom Kopfe nehmen. Die Fremde vollführte einige „Zaubereien" und verließ das Zimmer. Aber dann geschah nichts. Die Braut wartete und wartete — niemand klopfte. Endlich entschloß sie sich, das Tuch vom Kopfe zu entfernen. Und dabei wurde es ihr doppelt licht vor den Augen: die Fremde hatte alle Sachen der Braut und sich selbst weggezaubert.

× **Der Brotpreis in Polen.** Vom 15. Dezember bis zum Schluß d. Js. verpflichteten in den einzelnen Städten folgende Roggen- und Brotpreise: in Warschau 35 zł für 100 Kilogramm Roggen, in Lemberg 34,25, in Kattowitz 34,50, in Lublin 23,75, in Wilna 38,50. 50prozentiges Roggenbrot: in Wilna, Bialystok, Tarnopol, Bromberg und Thorn 50 gr für ein Kilogramm, in Lodz 51, in Lemberg, Krakau, Stanislau und Kalisch 52, in Kattowitz, Myslowitz, Nowogrodek und Boryslaw 53, in Warschau und Gdingen 55, in Żyrardów 9, in Luck, Rowno, Lublin, Posen und Graudenz 48, in Brest am Bug 40, in Wloclawek 43 gr.

× **Empfindliche Störungen in der elektrischen Lichtbelieferung** machen sich seit der großen Störung im Städtischen Elektrizitätswerk vom Montag abend noch immer durch andauerndes Auf und Nieder der Lichtstärke und durch fortwährendes Flackern der elektrischen Birnen sehr unangenehm bemerkbar. Bei derartigem Licht ist das Lesen von Zeitungen oder das Schreiben von Briefen eine wirkliche Qual. Das Städtische Elektrizitätswerk wird deshalb dringend gebeten, für die Beseitigung des Mißstandes zu sorgen.

× **Zur 141. Auktion der Danziger Herdbuchgesellschaft** am 27./28. Februar sind angemeldet 56 Bullen, 205 hochtragende Kühe, 285 hochtragende Färsen und 30 Eber und Sauen. Bei dem Riesenauftrieb ist mit niedrigen Preisen zu rechnen, und es ist die Gewähr einer bequemen Auswahl gegeben. Sämtliche Tiere sind auf klinisch erkennbare Tuberkulose, Abortus und Euterkrankheiten untersucht. Zloty werden in Zahlung genommen. Verladung erfolgt durch die Herdbuchgesellschaft; auf Wunsch werden Begleiter gestellt. Da ein hervorragendes Material, auch in Schweinen, zum Verkauf kommt, kann der Besuch dieser Auktion nur angelegentlich empfohlen werden Kataloge versendet kostenlos die Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

× **Endlich!** Mit der Abfuhr der Riesenschneehaufen in den ehemaligen Vororten ist gestern in der Glogauer Straße endlich begonnen worden. Die Beseitigung dieser stark verkehrshinderlichen Schneemassen ist jetzt, nachdem sie durch die andauernde Kälte zu kompakten Eismassen zusammengefroren sind, sehr erschwert, da die Massen erest auseinandergestampft werden müssen, bevor sie verladen werden können.

× **Der Gemischte Chor** veranstaltet bekanntlich am Sonntag als Abschluß des Karnevals einen Bunten Abend im Zigeunerlager. Ein originelles Programm bringt typische Zigeunerdarbietungen, wie Chöre, Einzelgesänge, Duette, Tänze und Instrumentalvorträge, u. a. das berühmte Chorwerk „Zigeunerleben" von Schumann. Ihrem Grundsatz getreu, stets Ausgezeichnetes zu bieten, hat die Vergnügungsleitung weder Mühe noch Kosten gescheut, wieder eine Zusammenstellung ganz hervorragender Darbietungen auf den Plan zu bringen. Alle Freunde und Gönner seien daher nochmals herzlich zu diesem Abend im Zigeunerlager eingeladen.

× **Selbstmord durch Erhängen verübt** hat, vermutlich aus Verzweiflung über seine Arbeitslosigkeit der 36 Jahre alte Installateur Ignatz Czajka im Treppenflur des von ihm bewohnten Hauses St. Martinstraße 6.

× **Selbstmordversuch.** Der 18jährige Józef Alda aus Baranowiec, Kreis Kempen, verließ das Elternhaus und kam nach Posen. Hier beschloß er, sich das Leben zu nehmen, und genoß eine Menge Rattengift. Den sich vor Schmerzen Windenden fand die Polizei auf dem Bahnhof. Eine Rettungsstation nahm den Lebensmüden in Behandlung.

× **Unglücksfall.** Ein Straßenbahnwagen der Linie 4 wurde gestern nachmittag 4½ Uhr von dem Autobus Nr. 44 348 Posen—Stenschewo angefahren. Vier Personen, Jan Adamkiewicz, Antoni Ratajczak, Stanisław Szczesny und Michał Skorubski, wurden verletzt.

× **Hinter Schloß und Riegel.** Der Polizei ist es nach langen Bemühungen gelungen, eine Diebesbande, die seit längerer Zeit die Stadt Posen unsicher machte, indem sie einen Pelzdiebstahl nach dem anderen ausführte, dingfest zu machen. Zu dieser Bande gehörten: Aleksander Abramczyk, Stanisław Brzóska, Andrzej Polus, Kazimierz Drobny und Karol Hein.

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren bei völliger Windstille 21 Grad Kälte.

× **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Freitag, 8. Februar, 7,33 Uhr und 16,56 Uhr.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Donnerstag, früh + 0,05 Meter, gegen + 0,06 Meter gestern früh.

× **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken** vom 2. bis 9. Februar. Altstadt: Löwen-Apotheke Stary Rynek 75, Apteka 27 Grudnia ul. 27 Grudnia 18; Jersitz: Stern-Apotheke Kraszewskiego 12; Lazarus: Apotheke am Botanischen Garten Głogowska 98; Wilda: Fortuna-Apotheke Górna Wilda 96.

× **Rundfunkprogramm** für Freitag, 8. Febr. 13 bis 14: Zeitzeichen, Schallplatten-Konzert. 14 bis 14.15: Börsen. 14.15 bis 14.30: Kommunikate. 16.50 bis 17.15: Südamerika. 17.15 bis 17.30: J. Olyński: Vortrag. 17.30 bis 17.55: Englisch für Anfänger. 17.55 bis 18.50: Konzert von Künstlern der Posener Oper. 18.55 bis 19.20: Der Kampf gegen den Alkohol. 19.20 bis 19.45: Vortrag aus dem Schulwesen. 19.45 bis 20.10: Beiprogramm. 20.15 bis 22: Sinfoniekonzert. 22 bis 22.20: Zeitzeichen, Kommunikate. 22.20 bis 24: Tanzmusik aus dem „Esplanade".

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Vom 9. bis 16. Februar.

Sonnabend: 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag (Armensammlung), ½8 Uhr: Beichtgelegenheit, 9 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Vesper, Predigt und hl. Segen, 4 Uhr: Generalversammlung des Marienvereins. — Montag, 4 Uhr: Unterstützungsverein. — Dienstag, 7 Uhr: Faschingsfeier des Verbandes deutscher Katholiken in der Grabenloge.

---

* **Aus dem Kreise Posen,** 6. Februar. In Wielkie bei Rokietnice entstand auf dem Besitztum des Stanisław Palacz Feuer, das einen Schaden von 32 000 Zloty verursachte. Das Feuer hat, dem „Kurjer" zufolge, der Arbeiter Melchior Libera verschuldet, der unter dem Dache des Stalles mit brennendem Stroh die eingefrorenen Wasserrohre auftaute.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Birnbaum,** 5. Februar. Seinen 70. Geburtstag beging am Sonnabend der in weiten Kreisen bekannte „Sonnenwirt" Robert Matthes, der Besitzer des Gasthofes „Zur goldenen Sonne". — Am Sonntag ereignete sich an der Ecke Bahnhofstraße—Lindenstadt ein Zusammenstoß. Das Auto des Autoverleihgeschäfts Dörr fuhr gegen einen Kutschwagen aus der Umgegend, wobei das Pferd verletzt und der Wagen beschädigt wurde.

* **Bromberg,** 31. Januar. Eine Trauermesse für den Präsidentenmörder Niewiadomski fand heute morgen in der Klarissenkirche statt. Auf diese Messe hat die polnische Presse, wie die „Deutsche Rundsch." schreibt, durch Inserate hingewiesen, die zwar von einem „Komitet", aber keinem Namen unterzeichnet waren. — Kürzlich fand eine Generalversammlung der hiesigen Mitglieder der polnischen Nationalkirche des Bischofs Hodur statt. Aus den Berichten ging hervor, daß sich im Laufe des letzten Jahres 26 Familien dieser Kirche angeschlossen hätten. Die Zahl der Angehörigen dieser Kirche beträgt hier in Bromberg 600. Taufen wurden 16, Eheschließungen 3, Beerdigungen 17 vollzogen. Nationalkirchliche Vereinigungen bestehen in Bromberg 13. — Im Rausch kam es in der letzten Nacht zu einer Schlägerei im Hotel Warszawski zwischen einigen Gästen, bei der der Koch Ludwig Głowacki schwer verletzt wurde. Nachdem ihm ein Arzt die erste Hilfe erteilt hatte, wurde er in das Kreiskrankenhaus nach Bleichfelde geschafft. — Gestern nacht fand man einen bis zur Bewußtlosigkeit betrunkenen Mann dicht am Braheufer der Hermann-Franke-Straße. Einen Schritt weiter und der Betrunkene wäre in den Fluß gestürzt. Die Polizei schaffte den Bewußtlosen ins Arrestgebäude zur Ausnüchterung.

* **Gostyn,** 6. Februar. Freitag früh 5 Uhr brannte das auf der ul. Zamkowa vielleicht 250 Jahre alte Wohnhaus bis auf kleine Wändereste nieder. Der Eigentümer ist Herr Klupsch. Das Feuer entstand durch den schadhaften Schornstein. Mitverbrannt ist ein Teil der Möbel.

* **Gostyn,** 31. Januar. Gestern vormittag hatte ein junger Mann die Dreistigkeit, in einigen Schankwirtschaften sowie Konditoreien auf Bestellungen als Bote für gewisse Herren, größere Landwirte und Gutsinspektoren, Waren zu entnehmen, indem er schriftliche Bestellungen von diesen abgab. Die Unterschriften waren sehr ähnlich nachgemacht, so daß einige Kaufleute darauf hereingefallen sind. Er selbst nannte sich Gremblewski. Die Sache wurde schließlich doch etwas verdächtig, und als er am Nachmittag im Café Bonboniera wieder eine größere Bestellung für den Landwirt Bobkiewicz-Brzezie auf 10 Flaschen Ungarwein, 3 Flaschen Schnaps, Zigarren u. a. m. abgab, wurde absichtlich langsam expediert und der Polizei Mitteilung davon gemacht. Gremblewski ermahnte, schneller zu bedienen, da er keine Zeit hätte. Inzwischen stand schon der Wachtmeister Gania zur Seite und belauschte seine Angaben und legte ihm auf einmal die Kette an die Hand. Auch jetzt hieß er noch Gremblewski. Als jedoch der Gendarm die Kette festerzog, hieß er anders und schrie. „Ich bin Kasprzak aus Wielka Lenka." Indem er abgeführt wurde, warf er an einer geeigneten Stelle aus der Tasche noch einige fingierte Bestellungen fort.

* **Inowroclaw,** 31. Januar. Die Arbeitslosigkeit wächst. Nach Beendigung der Zuckerfabrikkampagnen, sowie der Feld- und Bauarbeiten ist die Zahl der Arbeitslosen wieder beträchtlich gestiegen. So haben wir in Inowroclaw 120 Arbeitslose, in Strelno 210, in Mogilno 205, in Kruschwitz 155, in Argenau 140 und in Tremessen 140. Außerdem befinden sich noch in kleineren Gemeinden des Inowroclawer Bezirks, der die Kreise Inowroclaw, Strelno und Mogilno umfaßt, 915 Arbeitslose. Insgesamt wurden also in drei Kreisen 2765 Arbeitslose verzeichnet.

* **Kolmar,** 5. Februar. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Es wurden gewählt: Lipowicz zum Vorsitzenden, Pioch zum Stellvertreter, Gapiński zum Sekretär, Poznański zum Stellvertreter, Lewandowski zum Schriftführer. Zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden 2000 Zloty bewilligt. Es wurde außerdem eine Kommission gewählt, die sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen wird. Für die Entfernung des Schnees von den Straßen wurden 3000 Zloty bewilligt.

* **Kolmar,** 7. Februar. Vor einigen Wochen kehrten beim Gastwirt Emil Dräger in Strozewo Tuchhändler aus Kongreßpolen ein. U. a. fragten sie D., ob er auch hebräisch schreiben könne. Als er dies verneinte, forderten sie ihn auf, deutsch zu schreiben, auch seinen Namen auf eins von den vielen auf dem Tische liegenden Papieren. Harmlos tat D. dieses, um jetzt zu seinem Schreck zu erfahren, daß er ahnungslos einen Wechsel unterschrieben hatte. Ob die Papiere so geschoben waren, daß er den obenstehenden Text nicht sehen konnte, oder ob sein Name durchgepaust war, ist nicht mehr festzustellen. Jedenfalls ist D. dieser Tage ein Wechsel über 400 Zloty mit seiner Unterschrift präsentiert worden. Uebrigens ist D. nicht der einzige Betrogene. Auch dem Besitzer Albrecht in Strozewo ist jetzt ein Wechsel über 450 Zloty mit seiner Unterschrift präsentiert worden und dem Besitzer Lück in Knarrhütte einer über 250 Zloty.

* **Mogilno,** 6. Februar. Dem „Kuj. Boten" wird von hier geschrieben: In der vergangenen Woche berichteten wir, daß sich in der Nähe der Stadt der beim hiesigen Rechtsanwalt Jerzykiewicz angestellt gewesene Henryk Gajewski in selbstmörderischer Absicht auf das Eisenbahngleise gelegt hatte und vom Zuge überfahren wurde. Gegenwärtig jedoch erfahren wir, daß die Sache noch nicht völlig geklärt sei und daß man auch nicht mit aller Bestimmtheit behaupten könne, der junge Mann habe Selbstmord verübt. Hoffentlich dürfte die von den zuständigen Behörden jetzt eingeleitete Untersuchung bald Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen. — Kurz vor den Feiertagen ereignete sich hier ein Zusammenstoß zweier Lokomotiven, wodurch nach Aussage von Sachverständigen dem Staate ein Schaden von über 200 000 Zloty zugefügt wurde. Der Vorfall spielte sich wie folgt ab: Auf dem nach Orchowo führenden Gleise stand zur Wasseraufnahme eine Lokomotive, auf die plötzlich aus bisher unbekannter Ursache ein aus Orchowo kommender Zug auffuhr. Beide Lokomotiven wurden derart stark beschädigt, daß ihre vollständige Ausbesserung längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

S. **Obornik,** 6. Februar. Der Landwirtschaftliche Verein versammelte sich am Sonnabend bei Narozinski fast vollzählig mit Damen und einigen geladenen Gästen zu einer Kaffeetafel. Nachdem man sich mit Kaffee und dem reichlich gestifteten Kuchen gestärkt hatte, begrüßte der Vorsitzende, Gutsbesitzer Mund-Kowanowo, die Erschienenen. Es folgte ein Klaviervortrag von Frau Pirscher-Rogasen (Impromptu von Schubert), und dann hielt Herr Zipser-Posen einen Vortrag über Schubert und das deutsche Lied, begleitet von Lichtbildern. Die Stimmung während des Festes war ausgezeichnet, um diese machten sich die Geschwister Seidler durch musikalische und deklamatorische Vorträge noch besonders beliebt.

* **Wreschen,** 6. Februar. Auf dem Wege von Sokolowo nach Sokołówko verbrannte am 3. d. Mts. das Auto des Herrn Stanisław Rzepki aus Sokołówko infolge Kurzschlusses. Der Besitzer und sein Bruder konnten noch im letzten Augenblick den Wagen verlassen.

Sport und Spiel.

Ein polnischer Sieg in Zakopane.

Bei den internationalen Ski-Wettkämpfen in Zakopane siegte gestern der Pole Czech vor dem Engländer Braken und drei Schweizern. Außer Konkurrenz beteiligten sich zwei englische Damen, die ihre männlichen Mitläufer weit hinter sich ließen und mit großem Beifall begrüßt wurden. Den Kämpfen wohnte gestern der Staatspräsident bei.

Der Sieg des Polen Czech erhält eine sensationelle Note dadurch, daß man den ersten Platz für eine reife Frucht der Engländer gehalten hatte.

Die Davis-Spiele.

Bei der Auslosung der Gegner für die diesjährigen Länderkämpfe im Tennis um den Davis-Pokal hat Polen zum dritten Male die Engländer ausgelost, gegen die es 1925 und 1926 zu kämpfen hatte. Polen, das in den beiden folgenden Jahren gegen Belgien und Dänemark antrat, hat bisher sämtliche Spiele 5 : 0 verloren. Deutschland stößt in der zweiten Runde auf Spanien.

Hippische Skiwettkämpfe.

Die angekündigten hippischen Skiwettkämpfe in Posen finden erst am Sonntag um 3 Uhr nachm. am Przepadek statt

Die Bromberger Pferderennen.

In Bromberg, wo ein Winterstall für 40 Pferde gebaut wird, soll die diesjährige Saison 10 Tage dauern (vom 7. bis 28. Juli). Die städtischen Körperschaften haben eine Summe von 10 000 Zloty für die Ausstattung der Preise ausgesetzt. Der „Dziennik Bydgoski" soll für denselben Zweck 3000 Zloty gespendet haben.

Die Sieger des Warschauer Ringkampfturniers.

Im Warschauer Ringkampfturnier ist nach einem unentschiedenen Kampfe zwischen Stekker und Garkowienko die Preisverteilung vorgenommen worden. Den ersten und zweiten Preis teilten sich Stekker und Garkowienko, den dritten nahm der Frankfurter Poschhoff, den vierten Petrowicz, der am letzten Turniertage dem technisch besseren Poschhoff in der 28. Minute unterlag.

Schmeling boxt nur in Amerika.

Der frühere deutsche Schwergewichtsmeister im Boxen Max Schmeling hat nach einer Meldung der „United Preß" einen Vertrag unterzeichnet, nach dem er sich verpflichtet, in den nächsten zwei Jahren nur in Amerika zu boxen. Innerhalb dieses Zeitraums wird also Schmeling überhaupt nicht in Deutschland kämpfen können.

Wettervoraussage für Freitag, 8. Februar.

= Berlin, 7. Februar Für das mittlere Norddeutschland: Vorwiegend heiter und kalt, östliche Winde. — Für das übrige Deutschland: Im Nordosten ziemlich trübe mit einzelnen Schneefällen und Milderung des Frostes. Im übrigen Deutschland heiter, trocken und kalt.

Handelsnachrichten.

Ein schwerer Schlag für den polnischen Butterexport. — Beschlagnahme gefälschter polnischer Butter in England. In England wurde ein grosser Transport gefälschter polnischer Butter in einer Menge von über 2500 Fass von der Londoner Polizei beschlagnahmt. Die Butter zeigte bei der Analyse starke Beimengung von Pflanzenfetten. Die Londoner Abnehmer-Firma hat dadurch einen Schaden von etwa 300 000 Mark erlitten. Diese „fatale Kompromittierung" der polnischen Butterexporteure ist nach Ansicht der „Gazeta Handlowa" darauf zurückzuführen, dass es in Polen noch an einer gesetzlichen Regelung der Butterausfuhr und einer entsprechenden Kontrolle durch die Behörde fehle. Diesen Zustand machen sich angeblich unsolide Händler aus Russland, Estland, Lettland, Litauen und Dänemark zunutze, die sich in Polen ansiedeln, um von dort gefälschte Butter zu exportieren. Es werden in diesem Zusammenhang von der Regierung schleunige Abhilfsmassnahmen gefordert, um die Wiederholung solcher Fälle auszuschliessen. Die Vermutung, dass es sich bei den Fälschungen nur um eingewanderte Elemente handelt, mutet etwas gesucht an. Die Regierung wird gut tun, sich auch den einheimischen Butterhandel näher anzusehen. „Jedenfalls hat der solide Handel in Polen durch dieses Vorkommnis einen schweren Prestigeverlust erlitten, der bereits zur fast völligen Einstellung des polnischen Butterbezugs seitens England geführt hat.

Die Steigerung der Butterausfuhr bei gleichzeitig gesteigertem Inlandskonsum ist zum Teil auf die Vermehrung des Viehbestandes in den letzten Jahren, zum Teil auf die grössere Jahresleistung an Milch zurückzuführen. Der durchschnittliche Milchertrag pro Kuh in Polen wird von fachmännischer Seite auf rund 1000 Liter Jahresleistung geschätzt, was bei einem Viehbestand von 5¾ Millionen Milchkühen im Jahre 1927, der inzwischen auf etwa 6 Millionen angewachsen sein dürfte, einen Jahresertrag von 60 Millionen Hektoliter Milch ergibt. Die Organisation des polnischen Butterhandels lässt in bezug auf Lieferung vereinbarter Qualitäten, Verpackung und Einhaltung der Lieferungsfristen noch viel zu wünschen übrig, was auch in der relativ geringen Bewertung der polnischen Butter auf den ausländischen Märkten zum Ausdruck kommt. Bereits seit längerer Zeit wird daher in Regierungs- und Wirtschaftskreisen erwogen, eine Standardisierung der Exportbutter durchzuführen.

Polnische Eiertransporte über deutsche Häfen. Der polnische Eierexport aus Kongresspolen und Kleinpolen nach England erfolgt hauptsächlich über den Hamburger Hafen, da die bei Chorzow (Ostoberschlesien) polnisches Gebiet verlassenden Eierladungen in Beuthen (Westoberschlesien) zusammengestellt und von dort in speziellen Lebensmittelzügen innerhalb von 48 Stunden nach Hamburg befördert werden. Demgegenüber nimmt die Beförderung von Ausfuhrtransporten nach Danzig erheblich mehr Zeit in Anspruch. Des weiteren sind die Verbindungen zwischen Hamburg und England vorzüglich. Aus diesem Grunde erfolgt fast nur die Eierausfuhr aus Pommerellen über den Danziger Hafen. Trotzdem ist der Export über Danzig, da Pommerellen ein wichtiges Produktionsgebiet ist, nicht unbedeutend. Die Eierausfuhr über Danzig stellt sich jährlich bis auf 250 Waggons, die Ausfuhr über Hamburg auf 300 Waggons.

Stillstand im Eierhandel. Die Eierausfuhr ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft, da der Inlandsmarkt die vorhandenen beschränkten Mengen im ganzen Umfange aufnimmt. Die starken Fröste haben die neue Produktion unterbunden, so dass im Verlauf der nächsten 4 bis 6 Wochen der Handel zum Stillstand kommen dürfte. Während in den Vorjahren der Uebergang von der alten zur neuen Saison nur die übliche Verringerung der Produktion brachte, ist in diesem Jahre ein völliger Produktionsstillstand zu verzeichnen.

Polens Kartoffelprodukten-Industrie müsste bei der Bedeutung des Landes als drittgrösster Kartoffelproduzent der Welt nach Russland und Deutschland eine weit grössere Rolle spielen, als es bisher der Fall gewesen ist. Wird doch nur 1 Prozent der Kartoffelernte verarbeitet (während in den Niederlanden, Polens grösstem Konkurrent auf dem Gebiet, 20 Prozent zur Verarbeitung gelangen), und zwar waren es 1927/28 aus einer Ernte von 31,7 Millionen Tonnen 347 000 t. Damit ist die Verarbeitung, obwohl sie in den letzten Jahren wieder anstieg, noch erheblich hinter dem Durchschnittsstand des Vorkriegsjahrfünfts 1910/1914 (473 000 t) zurückgeblieben. Hergestellt wurden aus der genannten Menge 53 850 t Kartoffelprodukte, darunter 40 350 t Stärke (gegenüber 82 300 bzw. 67 300 Tonnen vor dem Kriege). Relativ am stärksten gewachsen ist die Produktion in den westlichen Wojewodschaften (Posen usw.), die 1927/28 mit 40 000 t, d. h. 75 Prozent an der Erzeugung beteiligt waren, während für 1910/14 nur 60 Prozent (50 000 t) gegenüberstehen. Die Fabriken, deren grösste die 1919 gegründete A.-G. „Luban" bei Posen ist, sind von 152 vor dem Kriege auf 77 in der Kampagne 1927/28 zusammengeschmolzen. Der Export von Kartoffelprodukten, der sich ausser nach England, Dänemark und der Schweiz auch nach Deutschland richtet, bezifferte sich 1928 auf 9387 t Kartoffelmehl und -Stärke i. W. v. 6 474 000 zł (gegenüber 11 870 t i. W. v. 7 735 000 zł i. J. 1927) und auf 10 052 t Kartoffelflocken und -Schnitzel i. W. v. 3 094 000 zł (8294 t i. W. v. 2 622 000 zł).

Ueber den Verlauf der diesjährigen Kampagne erfahren wir, dass die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung, die u. a. mit den scharfen Schutzbestimmungen wegen des Kartoffelkrebses und mit den überaus hohen Frachttarifen in Zusammenhang stehen, so gross sind, dass einige Werke den Betrieb überhaupt nicht aufgenommen haben. Die gesamte Stärkeproduktion Polens wird für 1928/29 auf etwa 24 500 t, das sind rund 60 Prozent der Vorjahrshöhe, geschätzt. Dabei sei bemerkt, dass die Fabrik „Luban" zu etwa 60 Prozent, kleinere Fabriken sogar nur bis zur Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit ausgenützt werden können. Zur Versorgung des Inlandsmarktes reicht diese Menge, von der noch 11 000 t für die Sirup- und Dextrinerzeugung und 2000 t für einen Exportabschluss der „Luban" abgehen, nicht aus. Wie verlautet, sollen bereits in den Niederlanden Stärkeankäufe vorgenommen worden sein. Der Verkaufspreis wird sich in Polen auf 75 zł je dz stellen, während z. B. für die polnische „Superior"-Stärke, die ca. 68 zł bringen müsste, infolge der gegenseitigen Konkurrenz der Fabriken nur ca. 58 zł erzielt worden sind. Dieser Preissturz wurde mit Gerüchten begründet, wonach die diesjährige Produktion infolge des Exportausfalls auf dem Inlandsmarkt nicht würde untergebracht werden können. Die obige Darstellung zeigt aber zur Genüge, dass nicht nur fast keine Ausfuhr erfolgen kann, sondern dass für die Befriedigung des heimischen Bedarfs noch Auslandsware herangezogen werden muss.

Krise in der Mühlenindustrie. — Ueberzahl an Mühlen in Polen. In einer Unterredung erklärte der Vorsitzende des Warschauer Mühlenverbandes, H. Grasberg, dass die polnische Mühlenindustrie gegenwärtig eine schwere Krise durchlebt. Die Ursachen dieser Krise lägen in erster Linie in den verschlechterten Absatzmöglichkeiten des schlechten Mehls, das die Mühlen auf Grund der Normalisierungsvorschriften herzustellen gezwungen sind. Die rigorose Verordnung habe auch eine Verschlechterung der Qualität der Kleie nach sich gezogen, so dass sich der Landwirt eher entschliesst, Getreide zu verfüttern, als minderwertige Kleie zu kaufen. Das Hauptübel der schlimmen Lage der Mühlenindustrie läge aber in der Ueberzahl der Mühlenbetriebe. Infolge der übermässigen Mehlproduktion und der Unmöglichkeit der Mehlausfuhr (aus Konkurrenzgründen) seien die Mühlen gezwungen, ihre Produktion ohne Gewinn und gegen grosse Zahlungserleichterungen abzusetzen. Die Rationalisierung der polnischen Mühlenindustrie sei das dringendste Problem. Zu diesem Zwecke wäre es notwendig, für mehrere Jahre die Konzession zur Errichtung neuer Mühlen in Polen und die Nachtarbeit in den Betrieben zu verbieten.

Rationalisierung der Hefeindustrie. Der Finanzminister, der sich um eine Rationalisierung der ihm unterstehenden Industriezweige bemüht, befasste sich kürzlich mit der Hefeindustrie. Als Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen wurde das Bestehen eines Syndikats der Hefefabriken als zweckmässig anerkannt. Dagegen bestehen folgende, für die Hefeindustrie schädliche Umstände, die beseitigt werden müssen: 1. Der Hefeimport aus dem Auslande angesichts der nicht vollen (33proz.) Ausnutzung der eigenen Leistungsfähigkeit; 2. der nicht entsprechende technische Stand einer Anzahl von Hefefabriken, die ausser Betrieb gesetzt werden soll; 3. der geringe Verbrauch infolge Fehlens einer Propaganda und 4. zu hohe Hefepreise. — Auf Grund verschiedener Konferenzen mit dem Finanzminister haben sich die polnischen Hefefabriken verpflichtet, den Hefepreis um 20 Groschen je kg herabzusetzen. Der ermässigte Preis gilt bereits seit 15. Januar. Nach Massgabe der Umsatzsteigerung soll eine weitere Ermässigung des Hefepreises erfolgen.

Die Produktion der polnischen Hutfabriken, deren es 1927 insgesamt 10 gab (wovon 3 auf die Wojewodschaft Schlesien entfielen), belief sich in diesem Jahre auf 558 558 Stück fertige Hüte und 508 140 kg andere Erzeugnisse. Unter den letzteren befanden sich 360 344 kg Stumpen (333 619 kg aus Wollfilz und 26 725 kg aus Hasen- und Kaninchenhaaren), 63 874 kg Wollfilz und 83 922 kg aus Hasen- und Kaninchenfellen hergestellte Waren. Die Industrie arbeitet fast ausschliesslich für den Inlandsverbrauch. Der Aussenhandel spielt nur eine geringe Rolle. Es wurden 1927 7 dz Hüte (aus Tierhaaren, Wolle und Wollfilz) i. W. v. 55 000 zł aus- und 52 dz i. W. v. 1 016 000 zł eingeführt. An Material zur Herstellung von Hüten (darunter Stumpen) sind 357 dz i. W. v. 1 139 000 zł zur Ausfuhr und 15 dz i. W. v. 126 000 zł zur Einfuhr gelangt.

Eine Konvention der polnischen Plüschindustrie ist vor einigen Tagen von den Firmen Kaliska Manufaktura (Kalischer Manufaktur), T. Finster, W. Goralski & Co., Johan Fial & Söhne, H. Sachs, J. Fial, M. Neiman, L. Trilling & Co., Lebrecht Müllers Erben, Glassmann & Gatel, M. Cyter Rozenblatt, Borowski, Krywin & Szebelski und B. Grossmann unterzeichnet worden, die vorläufig von J. Librach geleitet wird. Ausserhalb des Kartellvertrages stehen nur noch eine Reihe kleinerer Firmen. Für die gegenwärtige Saison ist ein Maximaltermin von 30 Tagen für offene Rechnung und von 6 Monaten für Wechseldeckung, gerechnet vom Tage der Rechnungsausstellung an, festgesetzt worden. Bei Verstössen gegen die Kartellbestimmungen verfallen die von den Mitgliedern deponierten Wechsel (je 5000 zł).

Ein Phantasietücher-Kartell ist unter der Bezeichnung „Sektion der in der Vereinigung der Fabrikanten der Textilindustrie (Stowarzyszenie Fabrikantów Przemysłu Włókienniczego) zusammengeschlossenen Phantasietuchproduzenten" von 30 Firmen unter Führung von Ringart, B. Libermann, Dr. Czyk, Frume und Bogater gebildet worden. Demgegenüber haben sich die Lemberger Abnehmer dieser Waren zwecks Durchsetzung bestimmter Vergünstigungen ebenfalls zusammengeschlossen.

Die Beteiligungsquoten des Schweine-Exportsyndikats sind nach der bereits gemeldeten Vereinigung mit der Konkurrenzorganisation für Schlesien und Pommerellen, wie folgt, verteilt worden: Galizien 46 Prozent, Posen und Pommerellen 28 Prozent, Kongresspolen 18 Prozent und Oberschlesien 8 Prozent der Gesamtausfuhr.

Litauische Saatankäufe im Auslande. Das litauische Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, weitere Saatgutmengen für die von der Missernte betroffenen Gebiete im Auslande zu kaufen. Bisher wurden für die Misserntegebiete etwa 45 Prozent der erforderlichen Getreidemengen beschafft. Stark bemerkbar macht sich insbesondere der Mangel an Weizensaat und Leinsamen.

Die deutsche Handelsflotte 1919—1929. In dem Wirtschaftskrieg, der in noch nie dagewesenem Masse eine Begleiterscheinung des Weltkrieges 1914/18 war, wurde die deutsche Schiffahrt von allen deutschen Wirtschaftszweigen am schwersten geschädigt. Gleich die ersten Kampfmassnahmen, wie die Beschlagnahme der in feindlichen Häfen befindlichen Schiffe, trafen sie. Eine Reihe im Kriegsdienst verloren gegangener Fahrzeuge verminderten den deutschen Schiffsbestand noch mehr. Schliesslich war bei Eintritt des Waffenstillstandes den deutschen Reedereien, die 1914 über eine Gesamttonnage von 5,2 Millionen B. R. T. verfügt hatten, noch ein Schiffsraum von etwa 800 000 B. R. T. in neutralen Häfen und von rund 2 Millionen B. R. T. in der Heimat verblieben. Was hiervon hochseefähiges Material war, d. h. sämtliche über 1600 B. R. T. grossen Schiffe, zur Hälfte aber auch Fahrzeuge mit einem Raumgehalt von 1000 bis 1600 B. R. T. mussten auf Grund des Friedensvertrages von Versailles an die Ententestaaten ausgeliefert werden. Naturgemäss trafen diese Massnahmen die über einen besonders hohen Prozentsatz an Ozeanschiffen verfügenden Grossreedereien am schwersten. Die Hamburg-Amerika Linie, Deutschlands grösste Reederei, büsste ihre gesamte Flotte — 1 350 000 B. R. T. — bis auf 4200 B. R. T. ein. Aehnlich erging es den anderen deutschen Schiffahrtsgesellschaften. Auch sie sahen sich fast ihrer gesamten Tonnage entblösst und vor die Notwendigkeit gestellt, den Wiederaufbau ihrer Flotte von Grund auf zu beginnen. Bereits 1917 suchte ein Reichsgesetz den Ersatz der im Krieg verloren gegangenen Schiffsbestände zu regeln. Die nach Friedensschluss völlig veränderten Verhältnisse machten jedoch die Ablösung dieses Gesetzes durch den 1920 zustandegekommenen Reederei-Abfindungsvertrag notwendig. Was dieser Vertrag und eine durch die in Deutschland damals herrschende sprunghafte Geldentwertung veranlasste Zusatzentschädigung den Reedereien an Mitteln gewährte, reichte jedoch kaum zur Wiederbeschaffung etwa eines Drittels der eingebüssten Tonnage aus. Immerhin aber war damit eine gewisse Grundlage gegeben. Der Wiederaufbau setzte in den Jahren 1920/21 mit Nachdruck ein und konnte in der Folgezeit unter stärkster Inanspruchnahme des Kredits und unter Vermeidung jeglicher Gewinnausschüttung soweit durchgeführt werden, dass die deutsche Tonnage heute wieder nahe 4 000 000 B. R. T. umfasst und damit an vierter Stelle in der Reihe der nationalen Flotten der Welt steht. Die Hamburg-Amerika Linie hat in den zurückliegenden Jahren ihren Wiederaufbau kraftvoll durchgeführt und verfügt heute wieder über eine Tonnage von über 1 Million B. R. T., mit der sie den grössten deutschen Passagier- und Frachthafen Hamburg mit ca. 500 Hafenplätzen in allen fünf Erdteilen verbindet.

Märkte.

Getreide. Lemberg, 6. Februar. Weizen, Roggen und Hafer sind im Preise stark gefallen. Ausser einigen Abschlüssen in Felderbsen war von weiteren Geschäften nichts zu hören. Tendenz fallend, Stimmung schwach. Notierungen loko Lemberg im Markthandel: Domänenweizen 47—48, Roggen 34.50—35.25, Hafer 32—33, Roggenkleie 22.50—23.50. Notierungen loko Podwołoczyska im Börsenhandel: Felderbsen 38 bis 40; im Markthandel: Domänenweizen 44.50—45.50, Roggen 32—32.75, Hafer 29.50—30.50, Roggenkleie 22 bis 22.50.

Bromberg, 6. Februar. Notierungen franko Ladestation: Weizen 40—40.75, Roggen 30.50—31, Futtergerste 31—32.50, Braugerste 34—36, Felderbsen 42 bis 45, Viktoriaerbsen 62—66, Hafer 29.50—30.75, Roggenkleie 26, Weizenkleie 27. Stimmung schwach.

Krakau, 5. Februar. Notierungen für Ware mittlerer Handelsgüte für 100 kg in Złoty ohne Gemeindelebensmittelsteuer, Parität Krakau: Domänenweizen 47—47.50, roter und gelber Inlandsweizen 45.50—46, Handelsweizen 45—45.50, Inlandsdomänenroggen 68/69 35.50—36, Handelsroggen 34.50—35, Domänenhafer 35 bis 36, Handelshafer 34—35, Braugerste 36—37, Krakauer Weizenmehl 65proz. 70—71, Kongressweizenmehl 65proz. 66—67, Krakauer Roggenmehl 70proz. 49—49.50, Posener Roggenmehl 70proz. 50—50.50, Roggenkleie 25.50—26, Weizenkleie 26—26.50, Tendenz behauptet.

Kattowitz, 6. Februar. Inlands- und Exportweizen 43—44, Inlandsroggen 34—35, Exportroggen 41—42, Inlandshafer 36—37, Exporthafer 40—41, Inlandsgerste 41, Exportgerste 44—45. Franko Empfangsstation: Sonnenblumenkuchen 59—59.50, Leinkuchen 52 bis 53, Weizenkleie 28.50—29, Roggenkleie 28—29, Stroh lose 9.50—10.50, Heu 27—28. Tendenz ruhig.

Lublin, 6. Februar. Das Lubliner Getreidesyndikat notiert: Roggen 33.25—33.50, Weizen 43.75—44.75, Braugerste 34—34.75, Grützgerste 32.25—33. Stimmung ruhig.

Wilna, 5. Februar. Notierungen für 100 kg im Waggonhandel franko Wilna: Roggen 36—37, Hafer 31—34, Grützgerste 32, Roggenkleie 28, Weizenkleie 29, Leinkuchen 50. Tendenz ruhig.

Berlin, 6. Februar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. 213—215, März 229, Mai 238, Juli 246.25. Tendenz: ruhiger. **Roggen:** märk. 205—206, März 221.50 bis 221.25, Mai 232—231.50, Juli 232.50. Tendenz: matter. **Gerste:** Braugerste 218—233, Futter- und Industriegerste 192—202. **Hafer:** märk. 200—206, März 221.50—221, Mai 231.50. Tendenz: schwächer. **Mais:** 238—239. **Weizenmehl:** 26.25—29.75. **Roggenmehl:** 27.25—29.50. **Weizenkleie:** 15.25. **Roggenkleie:** 14.70. **Viktoriaerbsen:** 40—46. **Kleine Speiseerbsen:** 28—34. **Futtererbsen:** 21—23. **Peluschken:** 22—24. **Ackerbohnen:** 21—23. **Wicken:** 26—28. **Lupinen, blau:** 15.80 bis 16.50. **Lupinen, gelb:** 19—20. **Seradella, neue:** 38—43. **Rapskuchen:** 20—20.30. **Leinkuchen** 25—25.20. **Trockenschnitzel:** 13—13.40. **Soyaschrot:** 22.60—22.70. **Kartoffelflocken:** 19—19.20.

Produktenbericht. Berlin, 7. Februar. Die Produktenbörse setzte heute bei ruhigem Geschäft in leicht befestigter Haltung ein. Die Schlussnotierungen an den überseeischen Terminmärkten lauteten höher, jedoch wiesen die Cifolferten für Auslandsweizen kaum irgendwelche Veränderungen auf. Die Inlandseigner von Weizen und Roggen hatten ihre Forderungen gleichfalls um eine Mark erhöht. Da jedoch infolge des anhaltend scharfen Frostes für die Exporteure die Transport- und Ladeschwierigkeiten sich täglich verstärken, waren in der Hauptsache nur die Inlandsmühlen als Käufer am Markte, die zur Deckung ihres Bedarfes die höheren Preise bewilligen mussten. Am Lieferungsmarkt lagen besonders die Märzsichten für Weizen und Roggen recht fest, Roggen für spätere Lieferung war gut behauptet. In Roggenmehl kam es auf unverändertem Preisniveau zu etwas besseren Umsätzen, auch für Frühjahrslieferung. Weizenmehl wird weiter nur für den laufenden Bedarf aus dem Markte genommen. Hafer lag bei ruhigem Geschäft ziemlich stetig. Gerste still, auch feine Brauqualitäten sind zu den höchsten Preisen nicht mehr unterzubringen.

Eier. Lublin, 5. Februar. Im Zusammenhang mit den starken Frösten ist das Geschäft am hiesigen Eiermarkt fast vollkommen lahmgelegt. Frische Eier für 1 Kiste mit 24 Schock 315—325 zł, Kalkeier 240 bis 250 zł. Bedarf etwas grösser, Angebot klein. Tendenz abwartend.

Lemberg, 4. Februar. Am hiesigen Buttermarkt ist die Tendenz schwach bei grösserem Angebot und kleiner Nachfrage. Notiert wird prima Tafelbutter 6.40, 2. Sorte 6 zł für 1 kg im Grosshandel.

Oele und Fette. Warschau, 6. Februar. Notierungen für 1 kg in Złoty: Soyaöl prima in Fässern garantiert gereinigt 2.20, Kokosöl Ceylon 2.26, franz. Colophium sehr helle „N" 1.20, australischer Talg in Fässern 2.12, amerik. Swift 1. Sorte 1.12, 2. Sorte 2.02. In Warschau besteht die grösste Nachfrage für hochwertige Sorte zur Herstellung von Toiletteseifen.

Kohle. Kattowitz, 6. Februar. Oberschlesische Kohle ab 16. 10. 1928: Würfelkohle 1. Klasse 38.50, 2. Klasse 36.30, 3. Klasse 35.20, 4. Klasse 34.10, 5. Klasse 31.60, grobe Nusskohle I a 1. Klasse 37, 2. Klasse 34.90, 3. Klasse 34.40, 4. Klasse 31.50, 5. Klasse 29.60, Koks 49.50, Briketts 37 zł für eine Tonne loko Grube. Für Kohle und Koks werden 2 Prozent Skonto gewährt

(Schlusskurse) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	7. 2.	6. 2.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	65.00G	65.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	—	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	93.00G	93.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (10 zł)	49.50G	49.75B
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	29.50G	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp.	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	104.00G	104.00G

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	7. 2.	6. 2.		7. 2.	6. 2.
Bk. Kw., Pot.	—	—	Hurt. Skór.	—	—
Bk. Przemył.	—		Herzf.-Viktor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Zar.	86.00G	86.00G	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban		—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	112.00G	112.00G
Bk. Stadthag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Pap. Bydg.	—	—
Browar Krot.	—	—	Piechcin	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Płótno	—	—
Cegielski H.	43.00G	43.00G	P. Sp. Drzewna	—	—
Centr. Rolnik.	—		Sp. Stolarska	70.00G	—
Centr. Skór	—	—	Tri	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Unja	—	—
Goplana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Grodek Elekt.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Hartwig C.	—	—	Zar	—	—
H. Kantorow.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 7. Febr., 13,30 Uhr. Die heutige Börse eröffnete in recht unsicherer Verfassung. Vormittags nannte man, besonders im Vergleich zu den gestrigen höheren Abendnotierungen ausgesprochen schwache Kurstaxen. Beeinflusst wurde diese Tendenz durch die ungünstigen Meldungen aus New York, einerseits hinsichtlich des gestrigen Börsenverlaufs, andererseits der Absicht der Federal Reserve Banken, neue Kreditrestriktionsmassnahmen vorzunehmen und durch die Ueberlegungen, die die neuen Londoner Goldverluste (gestern wurden wieder 1,8 Mill. Pfund abgezogen) hervorriefen. Auch die innerpolitische Lage hatte selbst durch den Rücktritt Guerards noch keine Klärung erfahren, denn es ist recht fraglich, ob das Kabinett ohne Zentrum regierungsfähig bleibt. Zu den ersten Kursen machte sich dann im Gegensatz zu dem Vormittagsverkehr eine beträchtliche Widerstandsfähigkeit fühlbar, die Angst vor der Londoner Diskonterhöhung hemmte aber auch weiter die Umsatztätigkeit und ein grosser Teil der ersten Notierungen musste ausgesetzt werden. Mit grösseren Veränderungen gegen gestern mittag fielen nur Chadeaktien plus 3.50 Mark und nach der anderen Seite Reichsbank minus 3 Prozent, Salz Detfurth minus 2½ Prozent, Schlesische B. Gas minus 2½ Prozent, Polyphon minus 2 Prozent, Svenska minus 2.50 Mark usw. auf. Dessauer Gas plus 1 Prozent und im Verlaufe plus weitere 3 Prozent lagen in Erwartung eines guten Abschlusses und auf höhere Dividendenhoffnungen lebhaft und fest. Obwohl am Devisenmarkte die Bewegung des Pfundes dagegen sprach, wollte man zuversichtlich wissen, dass London von einer Diskonterhöhung Abstand nehmen würde und machte daraufhin im Verlaufe eine vielleicht als börsentechnisch zu bezeichnende Aufwärtsbewegung. Bei Spezialwerten betrugen die Kurssteigerungen hierbei bis zu 4 Prozent. Als aber gegen 1 Uhr bekannt wurde, dass London seinen Diskont sogar um ein ganzes Prozent von 4½ auf 5½ erhöht hatte, trat ein starker Rückschlag ein, der das Kursniveau unter Anfang zurückwarf. Anleihen ruhig, Ausländer geschäftslos, Anatolier und Türken eher schwächer, Bosnier bei fast nominellen Kursen bis ½ Prozent höher. Pfandbriefe überwiegend etwas freundlicher. Devisen wieder leichter, das Pfund lag international fest. Der Geldmarkt wies eine weitere Erleichterung auf, Tagesgeld 4½—6½ Prozent, Monatsgeld 6¾—8 Prozent, Warenwechsel 6⅛ Prozent ca.

(Anfangskurse.) Terminpapiere.

	7. 2.	6. 2.		7. 2.	6. 2.
Dt. R.-Bahn	90.37	90.62	Goldschmidt	88.75	89.25
A.G.f.Verkehr	—	164.12	Hbg. Elk.-Wk.	146.25	147.50
Hamb. Amer.	—	128.25	Harpen. Bgw.	—	130.25
Hb. Südam.	—	173.50	Hoesch	121.00	—
Hansa	160.50	—	Holzmann	127.00	—
Nordd. Lloyd	125.25	125.12	Ilse Bgbau	210.25	206.00
Al.Dt.Kr.Anst.	139.00	138.75	Kali. Asch.	—	269.75
Barmer Bank	140.25	141.50	Klöcknerw.	106.00	106.00
Berl.Hls.-Ges.	240.50	238.75	Köln-Neuess.	120.75	—
Com.u.Pr.-Bk.	199.50	199.00	Löwe, Ludw.	222.00	—
Darmst. Bank	276.00	276.50	Mannesmann	125.50	124.50
Deutsch.Bank	170.25	170.50	Mansf. Bergb.	115.87	115.00
Disc.-Ges.	165.75	165.50	Metallwaren	—	129.00
Dresdner Bk.	170.00	170.50	Nat. Auto-Fb.	—	41.12
Mtdtsch.K.Bk.	198.00	—	Oschl. Eis. Bd.	95.00	—
Schulth. Patz.	—	288.00	Oschl. Koksw.	105.87	105.62
A. E. G.	176.50	175.00	Orenst. u. Kop.	90.50	—
Bergmann	211.00	210.62	Ostwerke	—	244.75
Berl. Msch.-F.	—	—	Phönix Bgbau	95.87	—
Buderus	84.00	—	Rh.Braunkoh.	277.25	—
Cop. Hisp. Am.	471.00	467.50	Rh. Elek.-W.	164.00	164.00
Charl. Wasser	—	126.12	Rh. Stahlwk.	130.00	129.50
Conti Caoutch.	132.75	—	Riebeck	—	—
Daimler-Benz	60.00	60.00	Rütgerswerke	—	96.50
Dessauer Gas	215.00	213.00	Salzdetfurth	—	493.75
Dt.Erdöl-Ges.	127.50	127.75	Schl. Elek.-W.	209.75	210.75
Dt. Maschinen	55.25	55.12	Schuckt. & Co.	227.00	224.75
Dynam. Nobel	118.00	117.75	Siem.&Halske	379.00	375.75
El. Lief.-Ges.	167.50	165.50	Tietz, Leonh.	—	255.00
El. Licht u.Kr.	211.25	210.50	Transradio	—	157.00
Essen. Steink.	—	—	Ver.Glanzstoff	436.50	430.00
I. G. Farben	251.75	251.12	Ver. Stahlw.	97.25	97.25
Felten u.Guill.	—	—	Westeregeln	—	277.00
Gelsenk. Bgw.	126.00	125.75	Zellst. Waldh.	258.00	256.75
Ges. f. el. Unt.	235.25	235.00	Otavi	70.00	70.50

	7. 2.	6. 2.
Ablös.-Schuld 1-60 000	54.00	53.80
„ „ 60-90 000	54.00	53.80
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	13.87	13.70

Industrieaktien.

	7. 2.	6. 2.		7. 2.	6. 2.
Accumulator.	156.25	—	Laurahütte	—	67.00
Adlerwerke	—	59.75	Lorenz	167.25	167.25
Aschaffenbrg.	—	—	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	405.50	404.00	Nordd. Wollk.	169.87	170.00
Berger, Tiefb.	—	389.00	Pöge, Eltr.-W.	52.00	52.75
Dt. Kabelwk.	64.00	64.12	Riedel	—	—
Dt Wollw.	37.50	37.25	Sachsenwerke	122.50	122.25
Dt. Eisenhd.	79.00	78.87	Sarotti	199.00	199.00
Feldmühle	217.00	217.00	Schl.Bgb. u. Zk	132.00	131.25
Hohenlohe	—	—	Schl. Textil	—	34.50
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	—	—
Körting, Gebr.	—	—	Stollb. Zink.	—	—
Lahmeyer	—	—			

Tendenz: geschäftslos.

Amtliche Devisenkurse.

	7. 2. Geld	7. 2. Brief	6. 2. Geld	6. 2. Brief
Buenos Aires	1.775	1.779	1.774	1.778
Canada	4.199	4.207	4.198	4.206
Japan	1.918	1.922	1.921	1.925
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.412	20.452	20.405	20.445
New York	4.2090	4.2160	4.2085	4.2165
Rio de Janeiro	0.502	0.504	0.5025	0.5045
Uruguay	4.311	4.319	4.311	4.319
Amsterdam	168.53	168.87	168.53	168.85
Athen	—	—	—	—
Brüssel	58.49	58.61	58.47	58.59
Danzig	—	—	81.54	81.70
Helsingfors	10.59	10.61	10.586	10.660
Italien	22.02	22.06	22.015	22.055
Jugoslawien	7.388	7.402	7.388	7.402
Kopenhagen	112.22	112.44	112.20	112.42
Lissabon	18.58	18.62	18.53	18.57
Oslo	112.19	112.41	112.16	112.38
Paris	16.455	16.495	16.44	16.48
Prag	12.456	12.476	12.451	12.471
Schweiz	80.98	81.14	80.925	81.085
Sofia	3.037	3.043	3.037	3.043
Spanien	66.78	66.92	66.56	66.70
Stockholm	112.47	112.69	112.47	112.61
Budapest	73.39	73.53	73.33	73.47
Wien	59.14	59.26	59.115	59.235
Kairo	—	—	—	—
Reykjawik (100 Kronen)	92.28	92.46	92.28	92.46
Riga	80.77	80.93	80.77	80.93

Ostdevisen. Berlin, 6. Februar. Auszahlung Warschau 47.125—47.325, grosse Złotynoten 47—47.40, 100 Reichsmark 211.30—212.20.

Die Bank von England hat am 7. Februar den Diskontsatz [illegible] 1 Prozent auf 5½ Prozent erhöht.

Kartoffe[illegible] **tagen** [illegible] nicht statt, da wegen Frost kein [illegible] -äft.

Der Złoty am 6. Februar 1929: Zürich 58.30, London 43.25, New York 11.25, Bukarest 1842, Budapest (Noten) 64.10—64.40, Prag 378.75, Mailand 214.50, Wien 79.56—79.95.

Notenkurse. Im privaten Bankverkehr zahlte man am 7. Februar für 1 Dollar 8.87—8.88 zł, 1 engl. Pfund 43.07 zł, 100 schweizer Frank 170.78 zł, 100 französische Frank 34.68 zł, 100 deutsche Reichsmark 210.89 zł und 100 Danziger Gulden 172.38 zł.

Schwierigkeiten in der Berliner Regierung.

Rücktritt des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 6. Februar.

Eine Ueberwindung der innerpolitischen Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Große Koalition entstanden sind, ist bis zu den ersten Nachmittagsstunden nicht gelungen.

Reichskanzler Müller (Franken) berief Mittwoch vormittag die Vertreter der bisher dem Kabinett nahestehenden Parteien zu sich; Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Verkehrsminister von Guérard, Justizminister Koch (Weser) und Postminister Schätzel.

*

Der neue Kompromißvorschlag des Reichskanzlers, über den heute nachmittag in den Fraktionen verhandelt wird, hat folgenden Inhalt:

1. Das Zentrum soll vorerst nur ein weiteres Ministerium im Reiche erhalten, nämlich das Justizministerium, und zwar sofort. Der Anspruch auf ein zweites Ministerium wird anerkannt, soll aber erst bei Verwirklichung der preußischen Großen Koalition effektuiert werden.
2. Der Anspruch der Deutschen Volkspartei auf entsprechende Vertretung im preußischen Kabinett wird von den an der Reichsregierung beteiligten Parteien anerkannt.
3. Der Zentrumsparteiführer, Prälat Kaas, soll seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die vom preußischen Zentrum bereiteten Schwierigkeiten gegen die dortige Regierungsumbildung ausgeräumt werden, so daß die preußische Große Koalition ebenfalls in der nächsten Zeit gebildet werden kann.

Dieser Vorschlag des Kanzlers wurde von Herrn v. Guérard dem Fraktionsvorstand des Zentrums Mittwoch nachmittag übermittelt. Die Verhandlungen wurden mit Rücksicht auf den Zusammentritt des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei unterbrochen.

Wie wir hören, besteht im Zentrum keine Neigung, den neuen Vorschlag des Kanzlers anzunehmen, und zwar namentlich deshalb, weil nach dem Kanzlervorschlag — obwohl der formelle Abschluß bis nach dem Zustandekommen der Preußenkoalition hinausgeschoben werden soll — der interfraktionelle Ausschuß, d. h. die Hauptfunktion eines Koalitionsverhältnisses, sofort in Kraft gesetzt werden soll. Man glaubt, daß die Zentrumsfraktion ihren Vorstand beauftragen wird, von sich aus einen neuen Vorschlag einzubringen, damit das Odium der Ablehnung nicht allein auf dem Zentrum ruhen bleiben ....

*

Die Zentrumsfraktion lehnte Mittwoch abend den Vermittlungsvorschlag des Kanzlers ab und machte durch ihre Vertreter einen eigenen neuen Vorschlag, der nach seinem ganzen Charakter für die Deutsche Volkspartei unannehmbar sein dürfte. Dieser Vorschlag wurde ultimativ bis 10 Uhr abends befristet. Bei Nichtannahme wurde der Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard angekündigt, der somit unabwendbar geworden ist.





Die neue spanische Revolte.

Die Aufstandsbewegung in Spanien ist in der Stadt Valencia erneut zum Ausbruch gekommen. Der Ortskommandant leistet der Regierung offenen Widerstand und soll einen großen Teil der Garnison auf seiner Seite haben. Zur Bekämpfung der Revolte wurde der ehemalige Oberbefehlshaber der spanischen Streitkräfte in Marokko, General Sanjurjo (links), von der Regierung mit Generalvollmachten ausgestattet nach Valencia geschickt. In Madrid selbst wurde der General Agulera (rechts), der schon in frühere Aufstandsbewegungen verwickelt war, verhaftet.

Locarno, Gefühl, Abrüstung.

London, 7. Februar. (R.) Ueber die Locarno-Politik und die Abrüstungsfrage hat sich der stellvertretende englische Außenminister Lord Cushendun gestern während einer Rede in Schottland geäußert. Lord Cushendun erklärte, daß die englische Regierung an den Locarno-Verhandlungen großen Anteil genommen habe, um ein Gefühl der Sicherheit hervorzurufen. Die englische Regierung habe eine schwere Verantwortung auf sich genommen, indem sie die französisch-deutsche Grenze gegen einen Angriff der einen oder anderen Seite garantiert habe. In der Abrüstung habe England mehr getan als die meisten übrigen Mitglieder des Völkerbundes.

Die letzten Telegramme.

Annahme der Gesetzentwürfe über Anleihe und Stabilisierung in der rumänischen Kammer.

Bukarest, 7. Februar. (R.) **Die Kammer nahm das Gesetz über die in Paris abgeschlossene Auslandsanleihe und das Stabilisierungsgesetz an.**

Oberst Lindbergh am Ziel.

Balboa (Panama), 6. Februar. (R.) **Oberst Lindbergh ist heute nachmittag hier gelandet und hat somit seinen Flug Florida—Britisch-Honduras—Nicaragua—Panama erfolgreich beendet.**

Unglücksfall beim Trauersalut in Madrid.

Madrid, 7. Februar. (R.) **Während des** gestern nachmittag anläßlich des Ablebens der Königin-Mutter abgegebenen Trauersaluts ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein Zuschauer kam aus Unvorsichtigkeit der Mündung einer Kanone zu nahe und wurde durch den Luftdruck des abgefeuerten Schusses zur Seite geschleudert und getötet.

Eisenbahnunfall in Frankreich.

Paris, 7. Februar. (R.) Bei einem Zusammenstoß zweier Lokalzüge bei Chambery sind gestern fünf Personen, darunter zwei Zugführer bzw. Eisenbahner, schwer verletzt worden. Die beiden Lokomotiven, die beiden Postwagen und ein Wagen 3. Klasse entgleisten.

Warenhausbrand in einem Pariser Vorort.

Paris, 7. Februar. (R.) In einem großen Warenhaus des Vorortes Aubervillieres brach gestern ein Brand aus, der das Gebäude einäscherte. Mehrere Personen wurden verletzt.

Besprechung des Gouverneurs der Bank von England mit Schatzsekretär Mellon.

Neuork, 7. Februar. (R.) **Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, hatte gestern eine Besprechung mit Schatzsekretär Mellon und dem Gouverneur der Bundesreservebank in Neuyork, Harrison, über die Lage am internationalen Geldmarkt.**

Wiedereröffnung der bulgarisch-südslawischen Grenze.

Sofia, 7. Februar. (R.) **Der südslawische Gesandte hat dem bulgarischen Außenminister mitgeteilt, daß die Belgrader Regierung mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der an der Grenze getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, die auf eine Grenzsperre für bulgarische Staatsangehörige hinausliefen, angeordnet habe. Zu dieser Anbahnung des Verkehrs, sowie zur Untersuchung etwaiger Grenzzwischenfälle wird eine gemischte Kommission eingesetzt. Außerdem sollen alsbald in Sofia Vorbesprechungen über den Abschluß eines Handelsvertrags beginnen.**

Die Unruhen in Bombay.

Bombay, 7. Februar. (R.) **Hier kam es gestern abend zu neuen Unruhen, als eine Gruppe von Hindus einige Pathans überfiel und drei von ihnen mit Steinwürfen tötete.**

Neue Zugzusammenstöße in Bombay.

Bombay, 7. Februar. (R.) **Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Mohammedanern wurden drei Personen getötet, sechs verwundet.**

10 Zigeuner erfroren.

Prag, 7. Februar. (R.) **Bei Mährisch-Schönberg wurde eine aus zehn Personen bestehende Zigeunerfamilie erfroren aufgefunden.**

Aus der Republik Polen.

Die Zivilinvaliden.

Posen, 7. Februar. In einer Zuschrift an den „Kurjer Poznański" tritt ein Invalide für eine Besserung der Existenz der Zivilinvaliden ein. Er schreibt u. a.: „Wer die Zeitungen aufmerksam liest, der wird sehen, wie alle Volksschichten — und das ganz mit Recht — Lohnerhöhungen fordern: nur von den Zivilinvaliden hört man nichts. Es scheint ihnen also gut zu gehen, oder man rechnet sie nicht mit. Bis zur Einführung des Zloty erhielt so ein 100prozentiger Invalide eine derartig geringe Rente, daß es sich nicht lohnte, zur Post zu gehen. Bei der Umrechnung bekamen sie dann erst allmählich das, was ihnen zustand. Aber sie lebten in der Hoffnung, daß die erlittenen Nachteile wettgemacht würden. In Berlin war im vergangenen Jahre darüber ein deutsch-polnisches Abkommen geschlossen worden, dessen Ratifizierung aber noch nicht erfolgt ist. Als der frühere Staatspräsident die Invalidenrenten umrechnete, da waren die Preise für Lebensmittel und Artikel des ersten Bedarfs halb so hoch, wie sie jetzt sind, und die Invaliden sind seit einigen Jahren wieder in einer mißlichen Lage. Von der Ratifizierung oder von einer Erhöhung der Rente ist jedoch nichts zu hören.

Die polnischen Fluglinien.

Warschau, 7. Februar. Seit dem 1. Februar gelten auf den polnischen Fluglinien verschiedene Veränderungen. So sind z. B. auf der Strecke Warschau—Danzig statt der Junkersflugzeuge für sechs Personen Fokkerapparate für die Beförderung von zehn Personen eingeführt worden. Die Strecke Lemberg—Danzig wird, wie die Flugzeugbehörden versichern, in fünfeinhalb Stunden bewältigt.

Gegen Grażyński.

Teschen, 7. Februar. Der „Dziennik Cieszyński" bringt aus Warschau die Meldung, daß im Zusammenhang mit den Sejmangriffen gegen den Wojewoden Grażyński in radikalen Kreisen des Regierungsblocks die Kandidatur des Abg. Polakiewicz für den schlesischen Wojewodenposten lanciert werden soll.

Eine Vermittlungsaktion.

Kattowitz, 7. Februar. Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia" ist zur Beilegung des Konflikts in der Bergwerksindustrie eine Vermittlungsaktion der Regierung beabsichtigt. Am Freitag soll der Hauptarbeitsinspektor Klott mit einem Delegierten des Industrie- und Handelsministerium in Oberschlesien eintreffen, um entsprechende Verhandlungen mit den Industriellen aufzunehmen.

Französische Ausblicke auf die Sachverständigenkonferenz.

Paris, 7. Februar. (R.) Wie die Agentur Havas zu den Vorbereitungen für die Sachverständigenkonferenz berichtet, schreibt man den meisten Delegierten, besonders den amerikanischen, den Wunsch zu, die Diskussion selbst zwar möglichst vollständig, aber auch möglichst rasch als praktische Geschäftsleute zu führen. Nichtsdestoweniger sehe man das Ende der Konferenz nicht vor Ablauf von zwei Monaten, vielleicht sogar drei Monaten, die bei der Ausarbeitung des Dawesplanes notwendig waren, voraus. Ueber alle diese Fragen habe Poincaré gestern nachmittag sich ausführlich mit Parker Gilbert ausgesprochen. Der Generalagent für die Reparationszahlungen werde nicht vor der kommenden Woche nach Berlin reisen.

Das „Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß Parker Gilbert in seiner gestrigen Unterredung mit Poincaré erklärt habe, er sehe mit Optimismus den Arbeiten der Sachverständigen entgegen. Er sei der Ansicht, daß seine Reise nach Washington es ihm ermöglicht habe, sein Ziel, die Ernennung amerikanischer Sachverständiger, zu erreichen.

„Times" zur bevorstehenden Sachverständigenkonferenz.

London, 7. Februar. (R.) „Times" schreiben: Die britischen Mitglieder des Reparationssachverständigenausschusses werden heute nach Paris abreisen. Auf einer vorbereitenden Zusammenkunft haben die britischen Delegierten bereits ihre Ansichten über das Problem ausgetauscht. Die britischen Sachverständigen werden an die verschiedenen Fragen ohne Voreingenommenheit herantreten. Die Auffassung der britischen Regierung wird von der Balfour-Note vom August 1922 bestimmt, wonach Großbritannien nur einer Vereinbarung zustimmen kann, die ihm an deutschen und alliierten Zahlungen ebenso viel einbringt, wie es Amerika zu zahlen hat.

„Times" erklären: Auf den ersten Blick scheint es vielleicht, daß der britische Anteil an dem Dawesplan zusammen mit den Zahlungen Frankreichs und Italiens im Laufe der Jahre Summen ergeben wird, die mehr ausmachen als die britischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit aber muß berücksichtigt werden, daß ungefähr 13 Prozent des britischen Anteils am Dawesplan den Dominiumsregierungen zukommen, und es sollte auch daran gedacht werden, daß Großbritannien seine Zahlungen an Amerika begonnen hat, bevor der Dawesplan akzeptiert war und bevor irgendwelche alliierten Schuldenzahlungen eingegangen waren. Auch haben die ersten Daweszahlungen Deutschlands nicht die Standardsannuität erreicht. Das Schatzamt mag sich daher für berechtigt halten, diese Faktoren zu berücksichtigen, wenn es seine Berechnungen entsprechend dem Grundsatz der Balfour-Note aufstellt.

Die Koalitionsverhandlungen gehen weiter?

Berlin, 7. Februar. (R.) Wie die „Vossische Zeitung" erklärt, werden die Verhandlungen über die Umbildung des preußischen Kabinetts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei durch den Rücktritt von Guerards nicht gestört. Heute soll eine gemeinsame Besprechung der preußischen Koalitionsparteien mit der Deutschen Volkspartei stattfinden.

Aus anderen Ländern.

Studium der russischen Wirtschaft.

London, 6. Februar. (R.) Zum Studium der russischen Wirtschaftsverhältnisse werden sich sechzig englische Industrielle Anfang März nach Rußland begeben. Auf einer Konferenz in London wurde gestern beschlossen, die von der russischen Regierung ergangene Einladung an die englischen Industriellen anzunehmen. An der Reise werden Vertreter der meisten englischen Industriezweige teilnehmen. Am stärksten vertreten sein wird die englische Schwerindustrie. In der englischen Presse wird dieser Beschluß als ein wichtiger Schritt betrachtet auf dem Wege zu einer englisch-russischen Annäherung.

Das amerikanische Flottenbauprogramm.

London, 6. Februar. (R.) Die gestern in Amerika beschlossene Flottenbauvorlage wird vom Präsidenten Coolidge nicht beanstandet werden. Bekanntlich hatte sich der Präsident ursprünglich gegen eine Befristung des Bauprogramms ausgesprochen. Nachdem der Senat nunmehr beschlossen hat, daß die 15 großen Kreuzer innerhalb von drei Jahren gebaut werden sollen, wird es also bei dieser Regelung verbleiben.

Mit Maschinengewehren und Bomben

London, 6. Februar. (R.) Bei einem neuen Einfall der Wahabiten in das englische Mandatsgebiet Irak haben die Wahabiten starke Verluste erlitten. Die eingesetzten englischen Flugzeuge bekämpften die Wahabitenbanden mit Maschinengewehren und Bomben. 85 wahabitische Kamelreiter sollen tot auf dem Kampfplatz geblieben sein.

Um das Elsaß.

Paris, 6. Februar. (R.) Die in Frankreich geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die autonomistische Bewegung im Elsaß werden gegenwärtig im Rechtsausschuß der Kammer bearbeitet. Wie die Pariser Presse mitteilt, soll das neue Gesetz in der nächsten Woche nach Abschluß der Elsaß-Debatte zur Beratung kommen. Man vermutet, daß gegenüber der ursprünglichen Regierungsfassung des Gesetzes wesentliche Milderungen vorgenommen werden.

Empfang beim deutschen Botschafter.

Paris, 6. Februar. (R.) Aus Anlaß der siebenten Tagung des deutsch-französischen Studienkomitees in Paris veranstaltete der deutsche Botschafter v. Hoesch gestern abend einen Empfang, an dem 250 Personen teilnahmen. Erschienen waren u. a. der französische Kriegsminister und der Landwirtschaftsminister, sowie zahlreiche Vertreter der Pariser Gesellschaft und des Geisteslebens.

Ein spanisches Wasserflugzeug ins Meer gestürzt.

Madrid, 6. Februar. (R.) **Heute früh stürzte ein Wasserflugzeug bei seinem Probeflug ins Meer. Der Pilot und der Beobachter ertranken. Die stürmische See machte eine Bergung der Leichen unmöglich.**

Deutsches Reich.

Vortrag Ludendorffs.

Berlin, 7. Februar. (R.) Der Tannenbergbund veranstaltete gestern abend im Kriegervereinshaus einen öffentlichen politischen Vortragsabend, bei dem General Ludendorff und seine Gattin, Frau Dr. Mathilde Ludendorff, als Redner auftraten. In seinem Vortrag, dem etwa 3000 Personen beiwohnten, wandte sich Ludendorff gegen die Freimaurer und Juden, gegen die das deutsche Volk in Einigkeit zusammenstehen müsse. In ähnlichen Gedankengängen bewegten sich die Ausführungen der Gattin Ludendorffs, die über den „Kampf um die deutsche Seele" sprach. Die Versammlung verlief ohne jede Störung.

Heute Kabinettsitzung.

Berlin, 7. Februar. (R.) Das Reichskabinett wird voraussichtlich heute vormittag zusammentreten, um die durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guerard geschaffene Lage zu beraten, worauf der Kanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten wird.

4 Todesopfer der Kälte in Frankfurt a. M.

Berlin, 7. Februar. (R.) Nach einer Meldung des „Vorwärts" sind in den letzten beiden Nächten in Frankfurt a. M. vier Personen erfroren aufgefunden worden.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Johannes Senftleben. Für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Johannes Senftleben. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Der heutigen Nummer liegt die illustr. Beilage Nr. 5 **Die Zeit im Bild** bei

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. Februar.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Graudenz,** 5. Februar. Dienstag vormittag geriet in Dombrowken der bei einem dortigen Besitzer beschäftigte, etwa 20jährige Arbeiter Józef Juranty beim Häckselschneiden in das Triebwerk der Maschine und erlitt einen Armbruch, Verletzungen im Gesicht, sowie wahrscheinlich auch innere Kontusionen. Der Verunglückte wurde ins Graudenzer städtische Krankenhaus gebracht; sein Zustand gibt zu ernsten Befürchtungen Anlaß.

* **Graudenz,** 3. Februar. Die hiesige katholische Kirchengemeinde hat ein Ecke Getreidemarkt, längs dem Tuscherdamm und der Starosteistraße gelegenes Gelände gekauft zu dem Zwecke, um dort, voraussichtlich schon in diesem Frühjahr, ein weiteres Gotteshaus für den anliegenden Stadtteil zu errichten. — Wegen Verteilung antisemitischer Flugblätter, die nicht die Angabe des Druckers enthielten, wurde der Drogerieinhaber Nagórski in eine polizeiliche Verwaltungsstrafe von 5 Złoty genommen. Die Flugschmähschriften rühren von dem bekannten Verein „Rozwój" her, der sich die gewiß nicht rühmenswerte Aufgabe gesetzt hat, die israelitischen Mitbürger, die friedlich ihrem Gewerbe nachgehen und ihren Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft ebenso wie die christlichen Bewohner nachkommen, zu schädigen. — Einen eigentümlichen Aufruf erläßt ein (nicht genannter) Bürger von Schöntal im „Gon. Nad.". Er fordert dazu auf, Beiträge zu sammeln, um mit ihnen die sehr notwendige Reparatur des Gebäudes, in dem der dortige staatliche Polizeiposten untergebracht ist, vorzunehmen.

* **Neuenburg,** 5. Februar. Ein Wohltätigkeitsfest im Rahmen eines Bunten Abends veranstaltete der Deutsche Frauenverein im Lokal Borkowski. Die zahlreichen Gäste wurden durch eine Ansprache von Pfarrer Galow herzlichst begrüßt. Dann erfreuten zwei Marienwerderer Herren die Zuhörer durch eine Reihe ausgezeichneter ernster und heiterer Gesangsvorträge mit Klavierbegleitung und Lieder zur Laute. Hierauf folgte ein äußerst humorvolles Lustspiel „Kleptomanie", das wie alle Aufführungen, reichen Beifall erntete. Desgleichen erfreute die Erschienenen der äußerst wirksame, auch in sehr geschmackvollen Kostümen ausgeführte Schmetterlingstanz der Damen Werth und Behr, der wiederholt werden mußte. Ein reich besetztes Büfett unter Verwaltung der Vorstandsdamen mit Kaffee, Kuchen und kalten Speisen sorgte in seiner großen Auswahl für leibliche Stärkung, in gleicher Weise auch ein Bowlenzimmer. Eine Tombola trug zur Erhöhung der sehr zufriedenstellenden Gesamteinnahme bei, so daß unseren Armen ein namhafter Reinertrag gespendet werden konnte. Tanz bis in die Morgenstunden beschloß das Fest.

* **Thorn,** 5. Februar. Wie ungern heutzutage die Schulkinder in die Schule gehen, geht aus der Statistik des Magistrats hervor, nach der im Vorjahre 1740 Strafmandate für das Versäumen des Unterrichts in Volksschulen und 1920 in Fortbildungsschulen ausgestellt wurden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Białystok,** 6. Februar. In der Nacht zum Sonnabend wurde die Feuerwehr zu fünf Bränden gerufen. Beim Löschen eines Brandes fiel der Kommandant der Wehr, Swiderski, vom zweiten Stock des brennenden Hauses und erlitt dabei schwere Verletzungen am ganzen Körper. Einer der Brände brach in der städtischen Autogarage aus, wobei zwei Autobusse vollständig verbrannten. Zehn Familien sind obdachlos geworden.

* **Zduńska Wola,** 6. Februar. Der „Moment" berichtet, daß sich die 31jährige Chana Reisel Ehrlich, eine Mutter von sechs Kindern, mit Benzin begoß und darauf anzündete. Die Unglückliche verstarb nach schrecklichen Qualen. Der Grund zu diesem entsetzlichen Selbstmord ist darin zu suchen, daß sie mit ihrem 70jährigen Manne in unglücklicher Ehe lebte.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis $13^1/_2$ Uhr.

T. W. 1. Die 80 000 deutsche Mark vom 17. März 1923 hatten einen Wert von 16,48 Goldmark. 2. Wenden Sie sich an die Firma Sander und Brathuhn in Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 23 (fr. Viktoriastraße), die Hersteller der Regerseife ist.

M. 21. Die Ausstellung des Scheines müssen Sie bei dem Regierungspräsidium beantragen, in dessen Bezirk Sie geboren sind.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen,** 7. Februar. Am 20. Dezember 1927 war beim Juwelier Mańczak, ul. 27. Grudnia (fr. Berlinerstraße), in der Mittagsstunde eingebrochen worden, und es wurden für 200 000 Złoty Juwelen gestohlen. Als Täter wurden ermittelt der Laufbursche der Firma, Tomiak, und sein Verwandter Fr. Pniewski; die anderen Teilnehmer, Stempole, Milcarek und dessen Geliebte, waren geflüchtet. Tomiak wurde im vergangenen Jahre zu 6 Monaten Gefängnis, Pniewski zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Infolge der von letzterem eingelegten Revision wurde gegen ihn wie auch gegen den inzwischen gefaßten Milcarek in viertägigem Prozeß abermals verhandelt. Das Urteil lautete gegen Milcarek auf 3 Jahre Zuchthaus; für Pniewski wurde die Strafe auf 2 Jahre Zuchthaus herabgesetzt. Amnestie ist beiden zugebilligt worden.

* **Lodz,** 6. Februar. Am 19. Oktober 1918 ließ sich der 38jährige Stefan Olszewski im Standesamt in Düsseldorf mit einer gewissen Helene Triebel trauen. Er kehrte mit seiner Frau nach Polen zurück, doch schon nach wenigen Tagen fuhr die Frau wieder nach Deutschland. Nun ging Olszewski am 16. August in Lodz eine neue Ehe ein; in der St. Kostka-Kathedrale ließ er sich mit einer Aurelia Lenartowicz trauen. Daraufhin wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Doppelehe eingeleitet. Er hatte sich vor dem Bezirksgericht zu verantworten und gestand seine Verfehlung sofort ein. Das Gericht verurteilte ihn zu der überaus geringen Strafe von einem Monat Haft mit einjähriger Bewährungsfrist.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Wolnica.

Freitag abends 5 Uhr. Sonnabend. morgens $7^1/_2$ Uhr vormittags 10 Uhr mit Neumondverkündung Adar I. nachmittags $5^1/_4$ Uhr. Sabbat-Ausgang 5 Uhr 4 Min. — Werktäglich morgens $7^1/_4$ Uhr abends 5 Uhr.

Synagoge B. — (Israel. Brüdergemeinde) Dominikańska.

Sonnabend nachmittags $^1/_2$4 Uhr: Jugendandacht.